

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2, — Goldmark voraus zahlbar. Unter Abzug für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 4,25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ mit „Siebelung und Kleinigkeiten“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Helmschiff“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Freitag, den 6. Juni 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin SW 68, Linden-
straße 3, abzugeben werden. Geöffnet
von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareillezeile 0,70 Goldmark, Reklamezeile 1, — Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflässig zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengänge das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 0,20 Goldmark. Eine Goldmark — ein Bekker gestellt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Heute Entscheidung im Reichstag.

Um das Gutachten der Sachverständigen.

Im Reichstag wird heute die Entscheidung darüber fallen, ob eine Mehrheit vorhanden ist, die bereit ist, der Reichsregierung zur Annahme des Sachverständigengutachtens die Zustimmung zu erteilen. Die Mittelparteien haben einen Antrag eingebracht, der eine klare Antwort auf diese Schicksalsfrage fordert. Die Deutschnationalen wünschen, daß der Reichstag der Regierung, an der sie nicht beteiligt sind, sein Mißtrauen ausdrücken und sich dadurch für den Bürgerblock und die „Tirpitz-Lösung“ aussprechen solle. Auf einen ganz besonderen Trich ist schließlich die nationalsozialistische Partei verfallen: sie hat einen Vertrauensantrag für die Regierung eingebracht, den sie selber abzulehnen entschlossen ist. Sie hat damit zu dem Mittel gegriffen, das einst von den Konservativen im preussischen Dreiklassenhaufe angewendet wurde, die in gleich negativer Absicht einen Vorschlag auf Einführung des gleichen Wahlrechts einbrachten, um auf solche Weise die Weimannsche Wahlreform zu Fall zu bringen. Ein solcher Antrag, der von denen, die ihn stellen, nicht ernst gemeint ist, ist nichts weiter als ein Witz, ein Dreh, eine Schiebung und verdient, dementsprechend behandelt zu werden.

Die Mittelparteien haben daraufhin ihrem Antrag eine Ergänzung hinzugefügt, durch die alle anderen Anträge gleichzeitig erledigt erklärt werden. Um diesen Antrag dürfte sich heute der Hauptkampf entspinnen, von seiner Annahme oder Ablehnung hängt nicht nur ab, ob die Regierung im Amt bleiben kann oder nicht, sondern auch, ob sich für die Annahme des Sachverständigengutachtens eine Mehrheit im Reichstag ergibt oder nicht.

Es handelt sich also um eine sachliche Entscheidung von kaum absehbarer Tragweite. Würde der Reichstag die Annahme des Gutachtens ablehnen, so wäre gar nicht abzusehen, was weiter daraus werden sollte. Die ablehnenden Parteien würden sich mit einer Verantwortung belassen, die sie gar nicht zu tragen imstande sind. Daraus darf geschlossen werden, daß es ihnen selbst mit der Ablehnung gar nicht so ernst ist. Auch aus den Reihen der Opposition wird heute abend mancher Seufzer der Erleichterung aufsteigen, wenn der Präsident die Annahme des Antrags der Mittelparteien verkünden wird.

Sollte jedoch wider alles Erwarten der Antrag der Mittelparteien abgelehnt werden, so bliebe als das einzige verfassungsmäßige Mittel zur Lösung der dadurch entstandenen innen- und außenpolitischen Krise die Auflösung des Reichstags und die schleunige Vornahme von Reichstagswahlen übrig, die dann ganz im Zeichen der Annahme oder der Ablehnung des Sachverständigengutachtens ausgefochten werden müßten.

In einem Wahlkampf unter dieser Parole könnte keine Partei mit stärkerem Selbstbewußtsein und besseren Hoffnungen eintreten als die Sozialdemokratie.

Schon die wenigen Sitzungen des neuen Reichstags haben bewiesen, wie unhaltbare Zustände durch den Fehlspruch des Volks am 4. Mai geschaffen worden sind. Wenn vor jenem Tage hier immer wieder gewarnt wurde, die Wähler sollten die deutsche Volksoberleitung nicht zu einem Karrenhaus machen, so hat sich jetzt schon gezeigt, wie berechtigt diese Warnung gewesen ist. Gestern hat sich zu allem übrigen auch die Ludendorff-Partei als die gleiche Feindin jeder parlamentarischen Ordnung erwiesen wie die Scholem-Partei. Sie hatte freilich einigen Grund zur Aufregung, da Herr Henning, in die Enge getrieben, gestehen mußte, daß er, der große Held und Judenfresser, den jüdischen Oberregierungsrat Weiß um Schutz für Ludendorff angefleht hatte. An dieser grotesken Tatsache, die tödlich wirken muß, sofern es wahr ist, daß Väterlichkeit tödtet, kann alles völkische Gejohle und Gezeter nun nichts mehr ändern.

Roch gründlicher aber war die moralische Erledigung, die dem Führer der Deutschnationalen, dem Grafen Westarp, zuteil wurde. Man muß es erlebt haben, wie dieser Ketter des Vaterlandes in edelstem Pathos löschmeterte gegen die Würdlosigkeit der Linken, die sich im Fall Tirpitz auf das Urteil des Auslandes berufen hätte, und wie der Demokrat Roch dazwischen fuhr mit der Feststellung, Graf Westarp sei es ja selbst gewesen, der sich in den Verhandlungen über die Regierungsbildung auf die angeblich schon festgestellte Zustimmung des Auslandes zur Tirpitz-Kandidatur berufen hatte! Wie ward ihm da? Wie stand er da? Was, Mund auf, nach Luft schnappend, stammelnd: „Ich lehne es ab, mich hier auf Privatgespräche einzulassen! Zum Schluß langes Hin und Wider der persönlichen Bemerkungen, Ablehnungen, Ausredenversuche — Westarp, Hergt, zappeltiger als je, Roch und wieder Westarp — schließ-

lich notgedrungenes Geständnis. Man hat sich nicht „erkundigt“, man hat nur „Informationen“ eingeholt, und zwar hat man das — im Gespräch mit einem geheimnisvollen Ausländer — getan, noch ehe die Öffentlichkeit von der Tirpitz-Kandidatur etwas erfahren hatte, ja noch ehe die Deutschnationalen mit ihrem Vorschlag an die anderen Parteiführer herantreten waren.

Wo ist der deutsche Molitor, der die Komödie des entlarvten deutschnationalen Tartüff schreibt?

Henning, Graefe, Hergt, Westarp, so sehen die Männer aus, die Deutschland retten wollen. Wem fällt nicht beim Anblick solcher Heldengestalten das alte Verschen ein:

Nicht deutsch, nicht treu, nicht ritterlich, nicht ehrlich —
Nur ganz unglaublich dumm, und das macht sie gefährlich!

Sollten diese Herrschaften Lust verspüren, jetzt wieder vor die Wähler zu treten und sich für ihre Taten im Reichstag ein Zeugnis ausstellen zu lassen? Wir glauben es nicht von ihnen, wir glauben es auch nicht von den Kommunisten. Diese Parteien wissen, daß ihnen der 4. Mai ein unverdientes Stück beschert hat, das ihnen nie wieder zuteil werden wird, sie werden nicht das Urteil des Volkes herausfordern, das zu säuen sie alle Ursache haben.

Die Sozialdemokratie hat im Kampf für eine Volk und Wirtschaft erhaltende Außenpolitik die Führung

übernommen. Sie hat durch die gestrige Rede des Genossen Löbe einen großen moralischen Erfolg errungen. Diese Rede war ein Musterbeispiel für die sozialdemokratische Methode, durch die Macht der Argumente die Stellung des Gegners zu erschüttern und diesen selbst zur Achtung zu zwingen. Vieles, dessen sich die Arbeiterschaft zu schämen hat — die geistlosen Rabauzjahren der Kommunisten — ist wieder gutgemacht worden durch diese Rede des Sozialdemokraten und ehemaligen Schriftsetzers Löbe, sie hat die Ehre der Arbeiterbewegung wiederhergestellt.

So hat die Sozialdemokratie alle Ursache, der Entscheidung des heutigen Tages in ruhiger Entschlossenheit entgegenzusehen. Sie kämpft nicht für den Bestand dieser Regierung, sondern für ihre eigene Sache, für die Sache der internationalen Verständigung, für Republik und Sozialismus. Und ihre Sache ist die Sache des ganzen deutschen Volkes, dieses unglücklichen Volkes, an dem sich bisher das alte Wort, doch Rot denken lehrt, leider noch nicht bewährt hat.

Siegt heute die Vernunft, so ist das unser Sieg. Unterliegt sie, desto größer wird unser Sieg von morgen sein!

In der heute fortgesetzten Debatte wird Gen. Breitscheid für die Sozialdemokratie sprechen, für die Deutschnationalen Herr Schlange-Schönungen. Auch die an-

Verfassungskonflikt in Frankreich.

Herriot läßt sich von Millerand nicht ernennen!

Paris, 5. Juni, 9 Uhr abends. (Eigener Drahtbericht.) Nach einstündiger Besprechung mit dem Präsidenten der Republik hat Herriot es abgelehnt, den Auftrag zur Regierungsbildung aus den Händen Millerands entgegenzunehmen. Abends 8 Uhr hat sich Herriot aus dem Elysée in die Kammer begeben, um mit den führenden Politikern der Linken die politische Lage zu besprechen.

Entgegen der Gepflogenheit hat sich die Kammer nicht bis zur Bildung des neuen Ministeriums vertagt, sondern eine Sitzung auf morgen Freitag nachmittag anberaumt. Ein Antrag auf Vertagung bis Dienstag wurde mit 324 gegen 206 Stimmen abgelehnt.

Millerands Manöver.

Paris, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der Besuch Poincarés am Donnerstagmorgen als neugewählter Präsident der Kammer beim Präsidenten Millerand hatte rein zeremoniellen Charakter. Die Unterredung hat nur wenige Minuten gedauert. Den Besuch hat Millerand eine Stunde später im Palais Bourbon erwidert.

Die offiziellen Besprechungen des Präsidenten der Republik zur Neubildung des Ministeriums haben am Donnerstag nachmittag begonnen. Um 4 Uhr wurde als erster Senatspräsident Doumergue empfangen, der mit Millerand eine dreiviertelstündige Unterredung hatte. Eine Stunde später traf Poincaré im Elysée ein. Obwohl keinerlei Mitteilung über diesen Empfang ausgegeben wurde, verlautet aus dem bestmöglichen, daß beide Politiker Millerand in voller Lokalität, aber auch in rückhaltlosester Offenheit die politische Lage dargelegt und ihm über die Entschlossenheit der Linken, sich keinem weiteren Verbleiben mit allen verfassungsmäßigen Mitteln zu widersetzen, keinen Zweifel gelassen haben. Beide haben, wie zu erwarten war, Herriot für die Nachfolgerschaft Poincarés empfohlen. Herriot war auf 6.30 Uhr abends ins Elysée berufen worden.

Präsidentschaft und Verfassung.

Paris, 5. Juni. (Eca.) Im Anschluß an die Unterhaltung zwischen Millerand und Herriot ist vom Elysée ein Kommuniqué ausgegeben worden, in dem ungefähr folgendes ausgeführt wird: Entsprechend den Angaben der Präsidenten des Senats und der Kammer, Doumergue und Poincaré, hatte Millerand heute nachmittag Herriot zu sich gebeten, um ihn zu fragen, ob er geneigt sei, ihm in der Bildung des Kabinetts seine Unterstützung zu gewähren. An diese Frage schloß sich ein Gedankenaustausch, bei dem zu Tage trat, daß eine Uneinigkeit über das Programm zwischen Millerand und Herriot nicht bestehe. Herriot schritt also, dann die Präsidentenfrage an, Millerand weigerte sich, auf diese Frage einzugehen, da dies ihm der Respekt vor den Gesetzen verbiete. Er machte darauf aufmerksam, daß die Verfassung für die Dauer der Amtszeit eines französischen Präsidenten sieben Jahre vorsehe, und

daß er entschlossen sei, alle Mittel anzuwenden, um zu sichern, daß er die gesetzliche Frist ausfülle.

Außerdem wolle er, daß die Verfassung respektiert werde und kein Präzedenzfall für die Verletzung der Verfassung geschaffen werde. Unter diesen Umständen hat Herriot dem Präsidenten Millerand mitgeteilt, daß er die Aufgabe der Kabinettsbildung nicht übernehmen könne.

Paris, 5. Juni. (Eca.) Wie wir erfahren, hatte Herriot im Anschluß an seine Unterhaltung mit Millerand eine Aussprache mit Poincaré und Blum in der Kammer.

Paris, 5. Juni. (Eca.) Herriot hat etwa ein Viertel nach 7 Uhr das Elysée durch eine Hintertür verlassen, um sich den Fragen der Journalisten zu entziehen.

Millerand hat um 1/8 Uhr abends seinen militärischen Adjutanten zu dem Präsidenten der Budgetkommission des Senats, Va Croix, geschickt.

Paris, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Der von den Sozialisten angekündigte Antrag, die Kammer zu vertagen in Erwartung einer Botschaft des Elysées, ist am Donnerstag noch nicht eingebracht worden. Ein Blatt des Nationalen Blocs will wissen, daß unsere Genossen durch eine Intervention Briards zum Verzicht auf diese gegen Millerand gerichtete Demonstration veranlaßt worden seien. Diese Darlegung ist frei erfunden. Die Einbringung des Antrags ist lediglich zurückgestellt worden, um die Entwicklung der Dinge im Lauf des Donnerstags, der für den weiteren Verlauf der Präsidentschaftskrise entscheidend ist, abzuwarten. Da Millerand jedoch entschlossen zu sein scheint, die bereits angekündigten Manöver bis zu Ende durchzuführen, so ist nicht ausgeschlossen, daß die Krise sich bis Mitte nächster Woche hinziehen wird. In diesem Zusammenhang ist auch die Meldung bemerkenswert, daß der Generalgouverneur von Algier, Steeg, am Donnerstagnachmittag nach Paris abgereist ist. Man vermutet, daß Steeg, der offiziell der Linken angehört, einen Antrag zur Bildung eines provisorischen Kabinetts von Millerand annehmen wird.

Herriots Zweidrittelmehrheit.

Paris, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die Blätter der Rechten hatten es am Donnerstagmorgen als einen großen Triumph gefeiert, daß Poincaré bei der Präsidentenwahl nur 206 Stimmen auf sich zu vereinigen vermocht hat. Sie schlossen daraus, daß die Mehrheit der Linken weit schwächer sei, als man noch zu Beginn der Woche hätte annehmen müssen. Dabei wurde verschwiegen, daß eine ganze Anzahl von Politikern der Linken am Mittwoch vorgefallen hatte, daß der Beginn der Sitzung mit Rücksicht auf das zeitraubende Wahlverfahren eine Stunde früher als sonst angelegt war und die sich durch ihr Zutäufeln selbst unfreiwillig von der Teilnahme an der Abstimmung ausgeschlossen hatten. Die eigentliche Stärke des Linksblocs hat sich am Donnerstag gezeigt bei der Abstimmung über einen Antrag auf öffentlichen Anschlag der Präsidentschaft Poincarés. Dieser Antrag wurde mit 340 gegen 176 Stimmen der Rechten und Kommunisten angenommen.

deren Parteien werden noch einmal zu Worte kommen. Für die Regierung wird Dr. Stresemann in die Debatte eingreifen.

Die entscheidende Abstimmung wird für die späten Nachmittagsstunden erwartet.

Worüber heute abzustimmen ist.

Die im Reichstag zu der Regierungserklärung gestellten Anträge lauten folgendermaßen:

Abg. Fehrenbach (Z.), Dr. Scholz (D. Sp.), Koch-Beser (Dem.) und Genossen: Indem der Reichstag über alle anderen Anträge zur Tagesordnung übergeht, billigt er die Erklärung der Reichsregierung, nach der sie das Gutachten der Sachverständigen als praktische Grundlage für eine schnelle Lösung der Reparationsfrage anerkennt. Er erwartet von der Reichsregierung, daß sie im Interesse der schwer leidenden besetzten Gebiete und zur Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft mit größter Beschleunigung die zur Durchführung des Gutachtens erforderlichen Gesetzentwürfe vorlegt. Gleichzeitig erwartet er, daß die Reichsregierung die Freiheit der Befangenen, die Rückkehr der Ausgewiesenen, die Räumung der nicht verträglich besetzten Gebiete und die Wiederherstellung rechtmäßiger Zustände in den verträglich bleibenden Gebieten sichert.

Abg. Hergt und Genossen (Dnkt.): Der Reichstag verleiht der Reichsregierung das Vertrauen, dessen sie nach Artikel 54 der Reichsverfassung bedarf.

Abg. v. Graefe und Genossen (Ratsoz.): Der Reichskanzler und die Reichsminister besitzen des in Artikel 54 der Reichsverfassung geforderte Vertrauen des Reichstags.

Ferner haben die Kommunisten ein Misstrauensvotum beantragt.

Wird der Antrag der Regierungsparteien, über den zuerst abzustimmen ist, angenommen, so entfällt die Abstimmung über die weiteren Anträge.

Offizierschre.

Von einem, der sie kennt.

Der deutschpöhlische Abgeordnete und frühere Major Henning hatte im Reichstag die Stirn, zu erklären, daß die Sozialdemokratie über Offizierschre nicht mitzureden habe. Was ihm darauf der Genosse Löbe geantwortet hat, wird er sich nicht auf sein Patent ließen lassen. Aber vielleicht interessieren ihn folgende Kapitel über „Offizierschre“:

„Nach der Revolution traten einige sonderbare Offiziere auf, die bei der Aufstellung von Freiwilligenverbänden es verstanden, der eigenen Tasche zu dienen. Männer, die aus Ausrüstungsgegenständen und Waffen, um nur einiges herauszugreifen, eine Handelsware machten. Dann sind Berechnungen Einzelner bekannt geworden, die bei bewaffneten Aktionen, z. B. Ballistikunternehmen, „Mein und Dein“ der Zivilbevölkerung verwechselten. (Man erfand dafür den Fachausdruck: sie „rubelten“.) Andere ehemalige Offiziere sattenen um und ergreifen sofort den Beruf des geräuschlosen Kaufmanns, suchten und fanden durch Betonung ihres alten Standes Vertrauen und, mir fehlt der richtige Ausdruck für ihr Gebilde, bezogen. Nach heute stellen in der Junst der Waffenkammer ehemalige Offiziere einen hohen Prozentsatz dieser Sorte Schwerverdiener. Nach außen hin sind sie mächtig „national“, in Wahrheit wird (eventuell über Mittelsteine) jedem Gutzahlenden geliebt. Wieviel Waffen haben auf diesem Wege die Polen, Tschechen, Russen und Franzosen erhalten? (Ich entsinne mich eines Falles, wo ein aktiver Generalstabschefmann der Heeresfriedenskommission Spezialwaffen an Bolschewisten verschob.) Die Berühmtesten dieses Kreises sind den Eingeweichten bekannt, aber noch heute laufen sie als Herr Mittelmeister oder Leutnant durch die Gegend, nicht gebrandmarkt und in der „Gesellschaft“ anerkannt. Wieder andere waren in allen möglichen nationalen Organisationen angestellt, schlecht bezolgt, aber doch nicht auf der Straße liegend. Sie erlagen den Versuchungen. In einer kleinen Rollage haben sie nicht genau abgerechnet; schon schlimmer dagegen ist es, wenn sie in einer solchen Situation größere Summen „unter den Tisch lassen“ ließen...

Ich kenne aber auch Offiziere, die Organisationsgeheimnisse an die

Befehlungsgruppen verteilten (gegen Kasse versteht sich). Einige wurden erwischt und bestraft...

Wieder andere haben hochgeklappt. Es würde nicht schwer fallen, ein Bäckerdübelnd herer namhaft zu machen, die, ehemalige Offiziere, unter falschem Namen für eine „nationale Bewegung“ in die eigene Tasche sammelten. Wer kennt sie aber?

Gehören noch ehemalige Offiziere, die offen auf Feindesseite z. B. bei den Bestimmungen gestanden haben, in unsere Reihen? Wer in Süddeutschland weiß jeht etwas von dem Grafen Oppersdorff? Das ist nun ein Großer, von dem die Zeitungen geschrieben; wer sind aber die anderen, von denen es nur der Kreis der Nachbarn weiß?

„Wie war es denn in der Praxis? Ich denke an den Selbstschuß in Oberschlesien. Einige alte Offiziere, die den Beruf in sich fühlten, eine Formation aufzustellen (alte Freikorpsführer, Protegés der Zeitung, einige Ortsangehörige und mancher, der wirklich ganz ungeeignet war) sammelten Offiziere und Mannschaften für ihre Formationen. Es gab grauenhafte Bilder zu beobachten. „I“ erschien, gab an Offizier zu sein, wurde freudestrahlend begrüßt, erhielt eine Kompanie — und nach einigen Tagen verschwand er mit der Kompanietasche. Er fuhr einige Kilometer weiter und führte keinen Trick oft unter anderem Namen nochmals aus. „J“ stellte sich als Offizier vor, durch einen Zufall wird er entlarvt, er war Hochstapler, nie Soldat gewesen. „K“ war wirklich Offizier, aber chronischer Säuser oder Päderast, es stellte sich dann heraus, daß er früher aus irgendeiner Organisation seiner Heimatgehend aus diesen Gründen geschloßt war...

„L“ meldet sich bei einer Jugendorganisation, arbeitet einige Monate gut — und verschwindet dann unter Hinterlassung von Schulden und Mitnahme aller Geider... Er ist Offizier und lebt bequem von seinen Betrugswandern...

Das ist eine kleine Blütenlese aus einer Abhandlung. Wir finden sie im ersten Heft der „Halbmonatsschrift für völkische Führerjugend“, „Die Freiheitsgarde“, erschienen im Bundschuh-Verlag in Berlin. Das Heft ist geschmückt durch die schwarzweißrote Kokarde mit dem Eisernen Kreuz und dem Falkenkreuz obendrein. Es wird Herrn Henning nicht schwer fallen, dort nachzulesen, was H. v. L., der sich selbst als alter Freikorpsoffizier bezeichnet, über seine alten Offizierskameraden schreibt. Aber ob Henning es für richtig findet oder nicht: auch wir Sozialdemokraten haben ein lebhaftes Interesse daran, über die besondere Ehre dieser Art Offiziere uns unser Urteil zu bilden. Und wie das ausfällt, brauchen wir nicht einmal anzudeuten.

Die Schuld am Kriegsausbruch.

Westarp und die Sozialdemokratie.

Graf Westarp hat in seiner Rede vom Donnerstag u. a. behauptet, der Sozialdemokratie sei der Kampf gegen das falsche Schuldkenntnis im Vertrag von Versailles unerwünscht, weil sie dieses Bekenntnis zu ihren innerpolitischen Zwecken brauche. Selten ist eine schmutzige Lüge erfunden worden. Die Sozialdemokratie hat stets die einseitige Beschuldigung gegen Deutschland, den Weltkrieg absichtlich herbeigeführt zu haben, bekämpft. Sie lehnt es aber ab, sich in diesem Kampf Schulter an Schulter mit den Alldeutschen und Militaristen zu stellen, die den Kriegsausbruch mit den berühmten Worten begrüßten: „Diese Stunde haben wir ersehnt! Gesegnet sei die Stunde!“ Wenn solche Leute einen Feldzug gegen die Schuldfrage eröffnen, können sie nur den schwersten Schaden anrichten.

Zu innerpolitischen Zwecken braucht die Sozialdemokratie die Schuldfrage ganz und gar nicht. Ihr genügt vollständig die Erklärung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten und Kanzlerkandidaten v. Tirpitz, die kaiserliche Regierung von 1914 sei in den Weltkrieg „hineingefallt“. Die deutschnationalen Geständnisse, daß das alte System an seiner eigenen Unfähigkeit zusammengebrochen ist, sind ja überhaupt so zahlreich, daß wir uns auf Erörterungen über die Schuld am Krieg zu innerpolitischen Zwecken gar nicht einzulassen brauchen.

Unser außenpolitischer Kampf gegen die ungerechte einseitige Belastung Deutschlands mit der Schuld am Krieg wird am ehesten dann Erfolg haben, wenn die deutschen nicht-Allein-aber-Mitschuldigen am Kriegsausbruch endlich lernen werden, den Mund zu halten.

Ludendorff nicht!

Noch ist nicht genug Blut geflossen!

Nie, auch nicht von Kommunisten, ist jemals ein begeistertes Bekenntnis zur Massenschlächterei im Innern abgelegt worden, als gestern von Herrn v. Graefe im Reichstag. Mit Behagen wälzte sich der jetzige „Nationalsozialist“ und frühere konservativ-Deutschnationale in der Vorstellung, deutsches Blut könnte eines Tages von Deutschen in Strömen vergossen werden. Wenn Löbe mit der Warnerstimme tiefer Menschlichkeit auf die „blutigen Spuren“ hingewiesen hatte, die den Weg der nationalsozialistischen Partei bezeichnen, so ist Graefe auf diese blutigen Spuren noch stolz: „Wenn Sie Blut haben wollen, so können Sie es haben!“

Lofende Entrüstung auf allen Seiten. Nur die Nationalsozialisten unterstreichen das frechste Wort mit wilden Beifallsrufen. In ihrer Mitte aber sitzt der Abgeordnete Ludendorff — und nicht! Die Augen sind stier auf den Redner gerichtet, der fleischige Nacken bewegt sich: Ludendorff nicht!

Menschenblut riecht gut! (Und daß das eigene geschont wird, dafür sorgt Henning durch seine Besuche beim Oberregierungsrat Weiß.)

Die starken Männer.

Deutschnationale Flucht in Mecklenburg.

Bei den Verhandlungen zwischen Herrn Scholz und dem Grafen Westarp wiederholte der deutschnationale Kandidat immer wieder den Refrain: „Wir sind die Partei der starken Männer, nur ein Deutschnationaler kann den Karren wieder aus den Dreck ziehen.“ Er vergaß, auf Mecklenburg-Schwerin hinzuweisen, wo die Deutschnationalen tatsächlich die unumschränkte Macht haben.

Der deutschnationale Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin, Herr v. Brandenstein, hat sich zur Erfüllungspolitik bekannt und deshalb nicht nur den Haß der Nationalsozialisten, sondern auch den Unwillen seiner eigenen Partei auf sich gezogen. Als die Nationalsozialisten Brandenstein gestürzt hätten und seine Wiederwahl für „untragbar“ erklärten, machte der Fraktionsführer der Deutschnationalen das Eingeständnis, daß seine Partei außer Brandenstein keine Persönlichkeit zu präferieren habe, der man das Ministerpräsidium anvertrauen könne.

Dieser Blamage folgte in der Dienstagssitzung des Landtags eine neue. Der deutschnationale Landtagspräsident zeigte sich der Situation und den einfachsten Regeln des Hauses derart wenig gewachsen, daß er von seinem Posten zurücktreten mußte. Das Bekenntnis der deutschnationalen Fraktionsführer erweist sich also als durchaus richtig: die Deutschnationalen in Mecklenburg haben nur einen Mann, und der ist — Erfüllungspolitiker.

Aber die blamable Angelegenheit ist damit keineswegs erledigt. Wie die „Mecklenburger Warte“ berichtet, werden sich die Deutschnationalen nunmehr an dem Präsidium nicht mehr beteiligen. Das macht es wahrscheinlich, daß ein Sozialdemokrat Landtagspräsident und ein Kommunist Vizepräsident werde.

Die Deutschnationalen auf der Flucht vor der Verantwortung — aber die Sozialdemokraten vor die Front, um das völkisch-deutschnationale Rüstland Mecklenburg-Schwerin vor dem Tohuwabohu zu schützen, das die Deutschnationalen hinterließen! Ein Bild für Götter und für solche, die wissen wollen, wie es aussieht, wenn sich das Kabinett der starken Männer und der Autoritäten aus den Reihen der Deutschnationalen konstituiert.

Im Banne der tönenden Funken.

Von Max Ed. Troll.

Hängen da ein paar feine, dünne, blühblanke Kupferdrähte in meinem Arbeitszimmer, die lose miteinander verbunden sind.

Diese wenigen variieren Kupferdrähte verbinden mich mit der ganzen Welt.

Eine kleine Drehung an einem Knopf des Apparates: Wellenlänge 415 schwingt in meinen Kopfhörer hinein. Wogen von Tönen schwingen in mein Ohr. Ich höre das Konzert der „Funktöne“ in Berlin. Fritz Demmeis, der Berliner Konzertmeister, spielt gerade herrlich auf Schiedmayers Meisterharmonium die Ouvertüre zu Suppés „Die schöne Galathee“.

Wieder ein Knopf an den Knöpfen des Apparates: „Die deutsche Stunde in Bayern“ meldet sich. Emma Herndl spricht gerade Verse vom „alten Fritz“.

Wieder eine winzige Drehung: Welle 437 fängt mein Hörer ein. Ein Gejirr, ein Flöten und ein Trillern schwirrt heran. In Stuttgart spielt das russische Balalaichorchester schwermäßige russische Volkslieder.

Eine neue Drehung am Apparat: Welle 452, Leipzig. Jemand erzählt Witze am dortigen Mikrophon. An der Pleiße ist „heiterer Abend“. Es sind bei Gott keine Witze über den letzten „Geenig“. Der sonst so „gemiedliche Kujist“ hat ja in der Person des lustigen Hans Keimann, seines prächtigen Hofnarren, sich selbst beschlagnahmten lassen.

Von neuem ein Knopf am Apparat: Welle 365 flutet. London. Ich genieße fast Nangrein die Londoner Oper: „Rigoletto“ Ach wie so trügerisch sind Weiberherzen. — Auch jenseits des Kanals???

Ein neues Drehen: Aberdeen, Welle 495. Der Sozialist Shaw hält einen Vortrag über eine englische innerpolitische Frage. Jedes Wort ist gut hörbar. Man fröhelt sein Engtisch wieder auf.

Welle 31 (Cardiff) spielt Schubert, Newcastle (Welle 400) registriert gerade Shakespeare.

Alles höre ich fast in reinem Klang. Und dabei liegen immer Hunderte von Kilometern zwischen den Gebenden und mir, dem Empfangenden. Keine Drähte verbinden. Nur die Luft ist Mittler der geheimnisvollen Wellen, die über Täler und Berge, Flüsse und Meere, durch dicke Mauern zu meiner kleinen bescheidenen Zimmerantenne wandern.

Und keine Grenzpfähle halten sie auf. Kein Zollwächter kann sie höhnisch fragen: „Haben Sie etwas zu verzollen?“ Keine Passrevision hält sie auf. Nicht einmal für den Bruchteil einer Sekunde.

In einer Sekunde springe ich von Berlin nach London, von London nach Leipzig, von Leipzig nach Paris. Hier ein Quartett von unserem göttlichen Mozart, dort eine Oper von Verdi, da eine Registrierung eines Shakespeareschen Werkes, dort ein belehrender Vortrag.

Mir gehört die Welt!

Ich höre gerade Cadix.

Da pfeift es plötzlich dazwischen. Vielleicht ein Schiffsradio, dessen Sender auf ähnliche Welle wie Cadix abgestimmt ist?

Bang frage ich mich: Ist das Schiff mitten im Atlantik vielleicht in höchster Seent? Sendet es vielleicht „S. D. S.“? „Save our Souls!“ („Rette unsere Seele!“)

Haushohe Wellen sehe ich im Geiste, die den großen Ozeanriesen hin und her-, auf- und abschaukeln lassen, wie eine kleine Walmuschale!

Mein Radio trägt meine Phantasie weit hinaus auf die offene See.

Dann wieder eine heitere Weise von irgendwoher. So wandere ich durch alle Länder. Alle Märchen verblissen.

Was sind Klein-Däumlings Siebenmeilenstiefel gegen mein Radio?

Und ich sitze doch so bequem in meinem Korbsessel, schlürfe meinen Tee, schaue auf die in der goldgelben Flut schwankenden Zitronenscheiben und rauche meine Zigarette dazu, während meine Phantasie mich hinausträgt von meinem engen Zimmer in die weite Welt, Grenzpfähle überspringt und trennende Meere.

Ob die Menschheit wohl auch einmal den tiefen Sinn des „Radio“ verstehen und begreifen lernt?

Dieses Wimmelsende, Weltumspannende, Welteinigende? Dieses Kosmopolitische dieser neuesten Erfindung menschlichen Erfindergeistes?

Nur für Herren!

Früher war man nur darauf bedacht, den Frauen das Paradies auf Erden zu bereiten. Schneider, Schneiderinnen und Schuhmacher, Parfümeure und Puzmacherinnen, Konfitürenfabriken und Künstler, Friseur, Masseusen und Schönheitsinstitute arbeiteten dafür. Die ganze Skala aller Berufe und aller Industriezweige sah man für die zarten und zierlichen Geschöpfchen sorgen, die nicht säen und doch ernten, und die, ganz im Gegensatz zu den Blumen auf dem Felde, morgens wof und abends wieder kühlen, nachdem man sie schön bunt bemalt hat.

Die Herren aber hingen gewissermaßen diesen Bestrebungen nur so mit dran. Heute hat sich das jedoch ganz gehörig geändert. Da blüht zunächst mal die Mode.

Eine Mode für Herren hat es freilich früher auch schon gegeben. Aber wie weit blieb sie zurück hinter der Mode von heute mit ihren feinen Punkten, mit allen Knäusen und Pfiffen. Die Herrenmode unserer Tage so prägnant und so charmant macht. Was mußte man früher, um nur mit einem besonders bishofsten Beispiel aufzuwarten, von der Wichtigkeit der Bestimmung, daß die Knöpfe am Mantel bis hoch hinauf an den Hals stehen müssen!

Ja, heute haben die Herren vor den Damen sogar Vortrang und Vorrang auf dem Weg ins irdische Paradies.

Das ist so gekommen: Konfekt kannten einst die Herren und die Damen, und man kannte keinen Unterschied zwischen Konfekt für Damen und Konfekt für Herren. Seit kurzem indessen kennt man das Konfekt für die feine Herrenwelt.

Ein Konfekt nur für Herren! Dieses Konfekt, die allerneueste Erfindung eines Fabrikanten, der weiß, was nützt, nennt sich Trüffel.

Es hat aber noch einen anderen Namen. Doch der ist sehr schwer, fast unmöglich auszusprechen.

Er scheint aus der Sprache der Hottentotten genommen. Darin aber liegt sicher Sinn und Symbol. Denn die Hottentotten sind bekanntlich Männer von besonderer Kraft. Und wenn die Herren von heute von diesem Konfekt gegessen haben, bekommen gewiß auch sie die Kräfte der Hottentotten.

Damit aber eröffnen sich ihnen wunderbare Perspektiven, erschließt sich auch ihnen der Pfad ins Paradies. Denn was kann für die feinen Herren, für die Offiziere von ehemals und für die verachteten Nötigen herrlicher sein und sie mehr mit Paradieseswonne erfüllen, als ausgestattet mit den Kräften des geheimnisvollen Konfekts, Rekruten der Hiltler-Armee zu werden.

Hottentottenmanieren haben diese feinen Leute immer schon. Jetzt gibt ihnen das neue Konfekt auch Hottentottenkräfte, auf daß sie lustig darauf loskufen können, den Seckt, und andere unbedeuernde Mitbürger. Jetzt brauchen die Grandet, Thormann und Kompanie nicht lange mehr suchen, wenn sie geeignete Kräfte zum Küssen benötigen.

R. F.

Die Gesehe der Hethiter.

Das Dunkel, das so lange über der Kultur und der Schrift der alten Hethiter gelagert ist, beginnt sich nun allmählich zu lichten. Jetzt hat ein französischer Gelehrter, Eduard Eug., auch die Gesehe dieses interessanten Volkes erschrieben und darüber vor der Pariser Akademie der Inschriften und schönen Künste berichtet. Bei den Ausgrabungen, die in Kleinasien zu Boghaz-Köi, im Osten von Angora in den Ruinen des Palastes der Könige von Hatti ausgeführt wurden, hat man mehr als 10000 Tonntafeln gefunden, die mit Keilschrift beschriftet waren. Unter diesen Aufzeichnungen fanden sich auch zahlreiche über die Gesehe, die einen Einblick in die Kultur des Landes gestatten. Diese Gesehevorschriften sind für ein Volk von Uckerbauern und Kriegern erlassen, das sich seit dem dritten vorchristlichen Jahrtausend an der Mündung des Habys, des jetzigen Kizil-Irmak, niedergelassen und allmählich den größten Teil Kleasiens, Syrien und den Norden von Mesopotamien unter seine Gewalt gebracht hatte. Die Zeit der Hauptblüte und -macht dieses Volkes liegt im 12. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung, damals, als die ethiopschen Könige Bündnisverträge mit den ägyptischen Pharaonen abschlossen.

Die hethitischen Gesehe sind von dem Prager Professor Rogny zuerst gelesen worden, und obwohl die Uebersetzung wegen der außerordentlichen Schwierigkeiten, die die Schrift und die Auslegung einzelner Stellen bietet, noch mancher Verbesserung bedürfen wird, so gibt sie doch eine genügend deutliche Vorstellung von der Art und dem Inhalt dieser Gesehe und von der ganzen Anlage des hethitischen Gesehbuches. Die Geseheammlung enthält ungefähr

Wer hat Rathenau ermordet? Die Juden!

Im Münchener „Börsen Kurier“ schreibt Hauptmann Trübft:

Es verdient in diesem Zusammenhang die eigentümliche Tatsache festgehalten zu werden, daß die Geheimnisse der Ermordung Rathenaus heute immer noch nicht restlos geklärt sind. Das Blasenmärchen von der „Schuld“ der nationalen Kreise kennen wir nun zur Genüge. Stuhl macht uns nur die eigentümliche Behandlung dieser Angelegenheit durch die Presse. Alle Augenblicke lesen wir Nachrichten über die Mörder, ihre Helfer, Helfer und ihre Hintermänner, alle Augenblicke werden nach dem Rezept: „Halte den Dieb“ Untersuchungen und nahe bevorstehende Verhaftungen angekündigt, aber es geschieht nichts! Sollte das internationale Judentum doch nicht etwa ganz unbeteiligt an der Beseitigung seines besten Sohnes gewesen sein? (Im Original fett gedruckt. Red. d. „B.“)

Das Deutsch ist schlecht, der Gedanke klar: „Die Juden haben Rathenau ermordet! Schlägt sie tot!“

Das wird geschrieben, gedruckt, geglaubt. Und die das schreiben, drucken, glauben, singen dann aus voller Kehle: „D Deutschland, hoch in Ehren!“

Revision im Thormann-Grandel-Prozess.

Wie die V.S.-Korrespondenz erfährt, wird der Attentatsplan gegen General v. Seeckt in nicht allzu ferner Zeit nochmals die Gerichte beschäftigen. Generalstaatsanwalt Lindow hat bereits gestern nach der Urteilsverkündung Revision eingelegt, die, wie verlautet, folgendermaßen begründet wird:

Die Ansicht des Oberreichsanwalts Ebermeyer geht dahin, daß zu einer strafbaren Verabredung mindestens zwei Personen gehören müssen, die die Ausführung des Attentats ernstlich wollen. Das Gericht hat sich dieser Ansicht angeschlossen und das Vorhandensein einer Verabredung angenommen, weil Köpfe und Tentennorn auf den Plan nicht ernstlich eingegangen wären. In dieser Beziehung vertritt die Staatsanwaltschaft einen anderen Standpunkt. Sie ist der Ansicht, daß die Voraussetzungen einer strafbaren Verabredung auch dann gegeben sind, wenn Ernstlichkeit von Seiten des Verabredeten nicht vorliegt, wenn aber die Verabredenden, also die Angeklagten selbst ihre Mitwirkung zugesichert haben.

Die Hitlererei vorm Landtag.

Sozialdemokratische Anfragen in München.

München, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Eine der ersten Aufgaben der neuen bayerischen Regierung soll, auch nach dem Willen der in der bayerischen Staatspolitik maßgebenden Bayerischen Volkspartei, die Liquidierung der Hitlererei des Jahres 1923 sein; desgleichen die Schaffung von Sicherungen gegen die Wiederholung der Justizkatastrophen in den sich daran anschließenden Prozessen. Die Richtlinien für diese Liquidierung wird die Regierung in der bevorstehenden politischen Aussprache im Landtag erhalten, wozu die Sozialdemokratische Fraktion folgende Interpellationen bzw. Anfragen eingebracht hat: 1. Was gedenkt die Staatsregierung gegen die staatszerstörenden Wirkungen der letzten bayerischen Volksgerichtsurteile zu tun? Sind gegen die Freigesprochenen oder mit Bewährungsfrist entlassenen Staatsbeamten Disziplinarverfahren eingeleitet worden und mit welchem Ergebnis? 2. Was hoch ist der finanzielle Schaden, der durch den Hitler-Putsch dem Staat erwachsen ist durch Warnierung und Verwendung der Reichswehr, der Landespolizei und der sogenannten Notpolizei und durch ähnliche Maßnahmen, durch die Geldbeschläge, Zerstörungen, Verwundungen und Pensionierungen, durch die Aufwendungen für die Durchführung der mit dem Putsch zusammenhängenden Prozesse? 3. In der Erkenntnis, daß die von der bayerischen Staatsgewalt Knilling-Kahr nicht nur gebildet, sondern geschützt und unterstützt hitlerer ihren Ursprung in dem bewaffneten Zustand des Kampfbundes am 1. Mai 1923 hatte, be-

trägt 200 Artikel, die aus zwei verschiedenen Zeitaltern stammen. Die älteren Gesetze sind einer Umarbeitung in späterer Zeit unterworfen worden. Man hat Erfahrungen hinzugefügt, die erst später gemacht wurden, hat dabei auch auf die Bewohner der eroberten Länder Rücksicht genommen und es läßt sich daraus schließen, daß die ursprüngliche Fassung der Verordnungen vor der Eroberung von Syrien in der ersten Hälfte des 14. Jahrhunderts liegen muß. Das Strafrecht wiegt unter diesen Verordnungen vor. Man findet hier keine Festlegung der Sitten und Gebräuche, wie sie in dem babylonischen Gesetzbuch des Hammurabi enthalten ist. Die Gesetze sind bestrebt, den Ackerbau zu schützen und alle Verbrechen streng zu ahnden, die die allgemeine Ordnung gefährden könnten; sie beziehen sich auf die Verlobung und die Hochzeit, auf das Privatvermögen und das Behensystem, das bei den Hochzeiten herrschte. Es werden Vorschriften erlassen über symbolische Handlungen und religiöse Bräuche, die Menschenopfer werden unterdrückt und die Strafen für jedes einzelne Vergehen festgesetzt.

Rückgang des Bildungswesens in Sowjetrußland. Das Exekutivkomitee des Komintern Kreises (Gouvernement Saratow) hat der „Pravda“ zufolge beschlossen, das Lehrgeld um 75 Proz. herabzusetzen, so daß es für einen nur noch 16 Rubel 80 Kopeken betragen wird. Infolge dieses Beschlusses haben von etwa 500 Lehrern 400 ihr Amt niedergelegt. Das Exekutivkomitee des Glasower Kreises (Wolgagebiet) hat wegen Mangels an Geldmitteln sämtliche Stadtschulen geschlossen und 300 Lehrer entlassen. Diese beiden auf Geratewohl der Sowjetpresse entnommenen Nachrichten werfen ein großes Streiflicht auf das wahre Gesicht der bolschewistischen Bildungspolitik.

Die Antwort nach 40 Jahren. Vor 42 Jahren schrieb eine romantische junge Irin einen feurigen Liebesbrief an einen Unbekannten, den sie mit ihrem Namen und ihrer Adresse in eine versiegelte Flasche einschloß und den Wellen des Meeres anvertraute. „Ich hoffe, irgendein hübscher Bursch wird das finden und mich dann als seine Frau heimholen“, schrieb sie. Dieser Liebesbrief hat mit der Flasche ein post zwar recht lange gebraucht, aber er ist kürzlich unverfehrt an der Küste von Nordamerika ans Land gespült worden, und seine Schreiberin, Elizabeth Byrne, die jetzt als betagte Witwe in Dublin wohnt, hat nicht weniger als 8 Briefe erhalten, in denen ihr mitgeteilt wurde, daß ihre Liebesbotschaft angekommen sei. Sie hat bereits vor 40 Jahren geheiratet und verlor ihren Mann während des Krieges.

Die Operette bei Kroll. In den diesjährigen Sommerferien wird die Berliner Staatsoper in dem Opernhaus am Rinaldiplatz selbst Operettenvorstellungen veranstalten. Auf dem Programm stehen: „Goldstück“ von Reibel, „Hänsel und Gretel“ von Lehmann und „Marquita“ von Kroll. Für die Hauptrollen sind erste Wiener Kräfte verpflichtet worden.

Der Bauer Direktor des Konkretoariums in Leipzig. Als Nachfolger des verstorbenen Direktors Professor Kroll vom Leipziger Konservatorium wurde der berühmte Pianist Max Bauer, bisher Direktor des Böttcherbergischen Hochschullehrerseminars in Stuttgart, nach Leipzig berufen.

Die Ältere Intendantenfrage. Um den Generalintendanten der Kärntner Theater, Hofrat Reimann, zu entlassen, hat die Stadt Wien den Vorschlag eines Sanitätsintendanten gemacht. Auf diesen Vorschlag wurde Gustav Hartung, der bisherige Darmstädter Intendant, berufen. Hofrat Reimann behält den Posten des Generalintendanten bei, widmet sich aber vornehmlich der Oper.

antrotzt die Sozialdemokratische Fraktion ferner die Einsetzung eines verfassungsmäßigen Ausschusses von 7 Mitgliedern zur Untersuchung der Vorgänge am 1. Mai 1923 und der gegen die Reichs- und Staatsverfassung gerichteten Bestrebungen in Bayern, die in der Zeit vom 28. September bis 9. November aufgetreten sind.

Wohin mit den Druckpapierpreisen? Fortgesetzte Preissteigerung.

Im Gegensatz zu der Preisbewegung vieler anderer Grobhandelswaren stehen die Druckpapierpreise im Zeichen anhaltender Steigerung. Die Papierfabrikanten haben seit dem März, wo das Rifo Zeitungspapier noch 25 Pf. kostete, diesen Preis im Juni bis auf 31 1/2 Pf., also um mehr als ein Viertel gesteigert.

Eine derartige Preistreiberi muß nicht nur zum Schaden des Zeitungsgewerbes ausarten, das erst nach Aufhören der Inflation in die Lage versetzt wurde, die Ansprüche ihrer Leser in einigermaßen zureichender Weise zu befriedigen, es erwachsen daraus auch Gefahren für die übrige Wirtschaft. Immer stärker und dringender wird das Warenangebot infolge der Knappheit an Krediten, und in demselben Maße sind Kaufleute darauf angewiesen, die Zeitungen zum Inserieren zu benutzen, um ihre Ware an den Käufer zu bringen. Die fortgesetzte Steigerung der Zeitungsdruckpapiere aber muß auf die Dauer zur Erhöhung der Inseratengebühren führen, die dann den Warenvertrieb im allgemeinen belasten und so die Absatz- und Produktionskrise verschärfen.

Unter diesen Umständen erscheint eine Nachprüfung, ob die hohen Preise für Zeitungsdruckpapier berechtigt sind, dringend geboten. Bisher ist unseres Wissens vom Reichswirtschaftsministerium nach dieser Richtung hin nichts geschehen. Die Papierpreistreiberi kommt letzten Endes nur denjenigen Zeitungen zugute, die durch ihren Anschluß an einen kapitalistischen Konzern über eigene Druckpapierfabriken verfügen. Es hieße, die Zeitungen noch mehr den Interessen des Privatkapitals preisgeben, wenn man nicht der Preispolitik der Papierfabriken entgegenwirkt. Wir fordern daher, daß die zuständigen amtlichen Organe sich dieser Frage einmal annehmen und hier nicht wieder den Produzenten wucher aufkommen zu lassen, der in der Zeit der Inflation an der Tagesordnung war.

Die Neuregelung der Beamtengehälter. Vorsichtweise Auszahlung der Befoldungserhöhung auch in Preußen.

Die preußischen Beamten haben am 1. Juni vorerst nur ihre alten Gehälter ausgezahlt erhalten. Nunmehr hat, wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, der Preussische Finanzminister mit Zustimmung der Führer der Regierungsparteien angeordnet, daß zunächst vorsichtweise in der Woche nach Pfingsten die Gehaltserhöhungen, welche den Reichsbeamten zufließen werden, auch den preußischen Beamten gezahlt werden. Ueber die Frage der gesetzlichen Regelung der Befoldungserhöhungen in Preußen und über die Aufbringung der Mittel hierzu wird der Ständige Ausschuß des Landtags am 12. d. M. beraten.

Das „staatsgefährliche“ Reichsbanner. Ein abgeschlagener Angriff.

Mitzenbergs, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Mitzenbergs hat seinen republikanischen Tag gehabt. Er fand statt im großen Sitzungssaal des Rathauses, und zwar in Form einer Schöffengerichtsverhandlung. Angeklagt waren 43 Havelberger Republikaner, zumeist Sozialdemokraten, die beschuldigt waren, im Oktober 1923 eine unerlaubte militärische Organisation gebildet und gegen das Gesetz zum Schutze der Republik verstoßen zu haben, weil sie es unternommen hätten, in den Tagen, da an der bayerisch-thüringischen Grenze die Ehrhardibanden als Raupolizei aufmarschierten, sich in der republikanischen „Rotwehr“ zusammenzuschließen, um im Notfall im Wehrdienst ausgebildete Männer den Behörden der Republik zur Verfügung zu stellen.

Der Prozeß hatte größere Bedeutung, weil die Angeklagten beschuldigt wurden, die verbotene Organisation mit Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold fortgesetzt zu haben. Als Belastungsmaterial hatte der Staatsanwalt nichts weiter beigebracht als ein Protokollbuch über zwei kommunistische Flugblätter. Sehr interessant ist, daß die Anklage auf Grund einer kommunistischen Denunziation erfolgte. Nach den Angaben des Staatsanwalts hat gelegentlich einer Vernehmung der Havelberger Kommunistenführer angegeben, daß nicht die kommunistische Partei, sondern die Sozialdemokraten eine proletarische Hundertschaft gebildet hätten. Obwohl die Polizei und der Bürgermeister von Havelberg erklärten, daß die „Rotwehr“ nicht als eine verbotene Organisation angesehen werden könne, wurde auf Veranlassung des Regierungspräsidenten in Potsdam die Anklage erhoben.

Aus der Beweisaufnahme ergab sich, daß es nicht weiter als zu Vorbereitungen zur Gründung der „Rotwehr“ gekommen war und daß nach der ersten Versammlung die Havelberger Polizei von den Absichten und Zielen der Organisation unterrichtet wurde. Der Staatsanwalt gab denn auch zu, daß die Anklage völlig in sich zusammengebrochen ist und beantragte Freisprechung, wollte aber die Kosten des Verfahrens den Angeklagten aufhalsen. Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Bärensprung-Roggeburg, stellte den Eventualantrag, den Minister Severing, General v. Seeckt, Reichswehrminister Gessler, Oberpräsident Hörning, Oberst Reym, den ehemaligen Stadtkommandanten von Roggeburg und andere leitende Persönlichkeiten staatlicher Behörden zu laden und diese über den Charakter der ehemaligen „Rotwehr“ zu vernehmen. Er stellte weiter in Aussicht, den gesamten Bundesvorstand und den Reichsausschuß des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold als Ankläger dem Gericht anzuzeigen, wenn es sich auf den Standpunkt stellen sollte, daß das Reichsbanner die Fortsetzung einer verbotenen Organisation darstelle.

Das Gericht sprach sämtliche Angeklagte frei und bürdete die nicht unerheblichen Kosten des Verfahrens der Staatskasse auf. Der erste Angriff der Justiz auf das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist damit abgeschlagen.

Der „Rote Tag“ verboten.

Der Reichsminister des Innern hat folgende Verordnung erlassen:

Auf Grund des § 2 der Verordnung des Reichspräsidenten über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen vom 28. Februar 1924 verbiete ich den für den 8. Juni d. J. in Leipzig geplanten Reichsarbeiterkongreß („Roter Tag“), weil er lediglich zur Vorbereitung des von der kommunistischen Partei Deutschlands betriebenen gewaltsamen Umsturzes dienen soll.

Zu widerstand gegen das Verbot werden nach § 4 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 mit Gefängnis- und Geldstrafe oder mit einer dieser Strafen bestraft, sofern nicht nach anderen Strafvorschriften eine schwerere Strafe verurteilt ist.

Berlin, den 5. Juni.

Der Reichsminister des Innern.
gez. Dr. Jarres.

Kommunistenradau.

Dresden, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Das Verbot der kommunistischen Presse in Sachsen wegen Aufreizung gegen die Staatsgewalt sowie einige Agitationsanträge, denen der ernste Bergarbeiterkampf das Relief geben sollte, nahmen die Kommunisten in der Donnerstag-Abendtagung als Veranlassung zu einer antiparlamentarischen Demonstration, bei der sie getreulich den Anweisungen der Berliner Zentrale folgten. Im Verlaufe einer vierstündigen Beschlusssitzungsdebatte riefen sie wiederholt den lebhaften Widerspruch des Hauses hervor, der sich zum ohrenbetäubenden Lärm steigerte, als der von Raut Fischer zum Radikalismus bekehrte Abgeordnete Böttcher, der von einem großen Teil seiner Parteigenossen bereits in die Ecke gestellt war, das Geschäftsordnungsthema verließ und eine unerhört schamlose Anklagerede gegen die Sozialdemokratie vom Stapel ließ. Der Präsident legte die Sanktion in Bewegung. Daraufhin stürzte der kommunistische Abgeordnete Borch zum Präsidententisch heran, stieß dem Präsidenten den Hammer und schleuderte ihn mit einem Fuhrtritt in das Plenum. Die Sitzung wurde vertagt und nach Wiedereröffnung mitgeteilt, daß der Ausschuss den durch den Präsidenten ausgesprochenen Ausschluß des Abg. Borch bestätigt habe. Als dieser trotz wiederholter Aufforderung den Saal nicht verließ, wurde er für die nächsten sechs Sitzungen ausgeschlossen. Der Präsident ersuchte darauf sämtliche Abgeordneten, den Saal zu verlassen. Kurze Zeit darauf erschlug ein Aufgebot Polizei, überwältigte die Kommunisten, die ihren ausgeschlossenen Fraktionsgenossen schützen wollten, und schleppte den sich heftig wehrenden Borch auf die Straße hinaus. Da er immer wieder in das Haus einbrach und mit Hilfe seiner Parteifreunde die Reihe der Beamten zu durchbrechen versuchte, wurden mehrere Posten am Eingang aufgestellt.

Als ersten Punkt der Tagesordnung erledigte daraufhin das Haus die Strafverfolgung von kommunistischen Abgeordneten, die am 6. März d. J. das Verbot zu den heutigen Vorfällen gegeben hatten. Die Strafverfolgung der Abgeordneten Jepsel und Elleroth, die sich damals der Polizei widersetzt und diese mit wüsten Schimpfwörtern beleidigt hatten, wurde gegen die Stimmen der sozialdemokratischen Fraktionsminderheit und der KPD, genehmigt, ebenso des Abg. Sievert, der in einem wahrheitswidrigen Artikel die Polizeiorgane beleidigt hatte. Abgelehnt wurde dagegen die Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Scheller wegen aufrührerischer Reden, die er im März gehalten hatte.

Verurteilte Spione.

Die Gehilfen des Hauptmanns d'Armont.

Leipzig, 5. Juni. (B.Z.) Vor dem Reichsgericht hatten sich heute zwei Gehilfen des französischen Kapitäns d'Armont, der am 20. März vom Reichsgericht verurteilt, aber später ausgetauscht worden war, zu verantworten. Der eine, Johann Bruderer, ist ein Schweizer Student. Er war mit d'Armont seit Mai 1923 in Verbindung. Er wurde zu 12 1/2 Jahren Zuchthaus, 500 Goldmark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt. Sein Gehilfe, der kaufmännische Angestellte Gustav Herpich, lieferte an Bruderer sechs Briefe, die er bezahlt erhalten hat. Er wurde zu 10 Jahren Zuchthaus, 200 Goldmark Geldstrafe und 10 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Die Internationale in Wien.

Wien, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Wien trat heute die Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale zu einer für drei Tage anberaumten Sitzung zusammen. Die Tagung ist nahezu vollständig besetzt. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie und der russischen Sozialistischen Parteien werden erst morgen erwartet. Bürgermeister Seitz begrüßte die Tagung im Namen des Parteivorstandes. Die Exekutive wählte Vandervelde-Beigien zum Vorsitzenden. Sodann begann die Beratung der Tagesordnung. Zunächst nahm die Exekutive den Bericht des Sekretärs Friedrich Adler entgegen. Er stellte fest, daß seit dem letzten Zusammentritt der Exekutive die internationalen Beziehungen zwischen den angeschlossenen Parteien sich intensiver gestaltet haben, und daß die Stellung der Internationale in der Weltpolitik durch die jüngsten großen Erfolge der sozialistischen Parteien in den verschiedenen Ländern, namentlich in England, Finnland, Dänemark und Frankreich an Kraft und Ansehen gewonnen hat. Die Exekutive beschloß, an die schwedische Sozialdemokratie, die wegen ihres gleichzeitig stattfindenden Parteitag nicht vertreten ist, ein Begrüßungstelegramm zu richten. Im Anschluß an den Tätigkeitsbericht und auf Anregung Vanderveldes wurde beschlossen, die Durchführung der Reise in den einzelnen Ländern auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Exekutive zu stellen. Den Bericht des Ausschusses erstattete Wallhead-England. Die Exekutive wählte ein dreigliedriges Komitee, welches unter Zugiehung des Sekretärs und Wallheads den Bericht prüfen und morgen Vorschläge erstatten wird.

Der Kampf gegen Bratianu.

Budapest, 5. Juni. (E.P.) Die Zeitung „Uz Ussag“ veröffentlicht folgenden Bericht eines Bukarester Korrespondenten über die Lage in Rumänien: Die politische Krise begann in der Montag-Sitzung der Kammer, als der frühere Minister Richaco, der Führer der Bauernpartei, Angriffe gegen den Finanz- und Ackerbauminister richtete, die er als Verberber des Landes bezeichnete. Richaco erklärte im Namen der Bauern- und auch der Nationalpartei, daß die beiden Oppositionsparteien ablehnen müßten, eine Verantwortung an dem Bankrott zu tragen, in den die Regierung das Land treibe. Im Anschluß an diese Kriegserklärung beschloß die Opposition, in ganz Rumänien unverzüglich Volksversammlungen für den Sturz der Regierung Bratianu abzuhalten. In Bukarest rechnet man damit, daß der Oppositionsblock in kürzester Zeit noch einen Zuwachs durch die siebenbürgische Partei des Nikolaus Jorga und die unter Führung Argentajanus stehende Volkspartei erfahren wird. An der Spitze des Kampfes steht General Averescu, der Todfeind des Ministerpräsidenten Bratianu. Averescu ersuchte vorgestern den König um die Bewilligung einer Massenversammlung der Opposition in Bukarest mit einem Strahlenzug. Der König gestattete die Versammlung, sprach sich aber ebenso wie Bratianu gegen den Demonstrationzug aus. So kam es, daß, als die Anhänger Averescus vom flachen Land gegen die Hauptstadt zogen, die Gendarmerie alle Straßen nach Bukarest abgesperrt hielt. In Bukarest herrscht tieferer Erregung und man rechnet mit dem nahe bevorstehenden Sturz Bratianus.

Die Mongolei Republik. Meldungen aus Urga besagen, daß nach dem Tode des VII. Chutukha, Bogdohan (des „lebenden Gottes“) die regierende Volkspartei beschlossen habe, in der Mongolei die republikanische Staatsform einzuführen. Das zukünftige Parlament (der große Chutukha) werde voraussichtlich diesen Beschluß der einflussreichen Partei durchführen.

Gewerkschaftsbewegung

Der Brauereiarbeiterstreik.

In einer Funktionärversammlung der streikenden Brauereiarbeiter gestern nachmittags berichtete H. D. v. d. B. vom Stand des Streiks. Der Streikbeschluss vom Montag ist überall durchgeführt; Streikbrecher haben sich nicht gefunden. Durch den Beschluss der Zentralkomitees, die von ihr als Notstandsarbeiten anerkannten Verrichtungen ausführen zu lassen, sind die Brauereigewaltigen nicht befriedigt worden. Wenn all das, was sie als Notstandsarbeiten bezeichnen, ausgeführt würde, bliebe von den Streikenden keiner mehr übrig. In den meisten Brauereien ist die technische Nothilfe eingeleitet. Wie aber bereits festgestellt ist, verachtet sie in vielen Fällen Streikarbeiten, so daß sie ihrem Grundgedanken, nur Notstandsarbeiten verrichten zu wollen, untreu geworden ist. Sie wird infolgedessen von den um eine Lohnerhöhung kämpfenden Brauereiarbeitern als Streikbrecherorganisation betrachtet. Die Unternehmer lassen sich die „Teno“ etwas kosten; die Streikenden würden mit der Selbsttötung, wie sie jetzt die „Teno“-Leute erhalten, sehr zufrieden sein. Geradezu empörend ist es, wie Schwerkriegsbeschädigte zu den schwersten Arbeiten, wie Kohlenkarren, herangezogen werden. In einigen Betrieben ist auch beobachtet worden, daß Direktoren, Prokuristen und andere höhere Angestellte die Arbeiten der Streikenden zu verrichten suchten. Es kann für die Streikenden nur dienlich sein, wenn diese Herren sich selber davon überzeugen, wie schwer Brauereiarbeit ist. H. D. v. d. B. ermahnte die Betriebsstreikleiter, sich unter keinen Umständen in örtliche Verhandlungen mit ihren Direktoren einzulassen. Alle Initiativen liegen in den Händen der Zentralkomitees.

Beider ist auch in diesem Streik zu beobachten, wie die sogenannte Opposition ihre Einheitsfrontpropaganda aufweist. Unter den Streikenden, die in seltener Einmütigkeit zusammenstehen, ist ein Flugblatt der „Opposition“ verbreitet worden, das in den unflätigsten Ausdrücken die Verbandsführung angreift und zu einer von der „Opposition“ arrangierten Versammlung einlädt. Von allen Rednern wurde in der Aussprache das bisherige Vorgehen der Zentralkomitees getadelte. Die Querstreifen der Opposition, die nur den Unternehmern helfen, wie diesbezügliche Äußerungen der bürgerlichen Presse erkennen lassen, wurden von den Rednern aufs schärfste verurteilt. Selbst die oppositionellen Funktionäre wandten sich schärfst dagegen. Ein Funktionär des Verkehrsverbundes gestand ein, daß in der Oppositionsversammlung ein neuer (des kommunistischer) Verband gegründet werden sollte. In einer gegen vier Stimmen bei 250 Anwesenden angenommenen Resolution verpflichteten sich die Funktionäre, dafür zu sorgen, daß die Drahtzieher in der Oppositionsversammlung unter sich bleiben.

Die Masken fallen.

Zum Verband der Maler wird uns geschrieben: Vor einigen Wochen verteilte die „Opposition“ des Verbandes auf den Arbeitern der Maler Flugblätter, die nach dem Einheitsfront und Kampfwort riefen. Die Kampfbereitschaft glaubte man durch Betrugssperre herbeiführen zu können. Doch wurde die Einheitsfront gesprengt, indem man Aufnahmescheine für den Chemiker Verband verteilte und von Funktionären unserer Organisation auch Beiträge für die Chemiker kassiert wurden.

Daß jede Organisation solche Falschmünzer beseitigen muß, ist selbstverständlich. Die Geldquellen der Opposition fließen erneut und infolgedessen wird in einem neuen Flugblatt schamloser Schwindel verbreitet. Hierzu nur einige Richtlinien:

1. wird behauptet, der Vorstand sorge nicht für Lohnerhöhung. Tatsache ist, daß seit April durch mehrmalige Verhandlungen der Miniallohn von 64 auf 85 Pf. erhöht wurde. Daß dies ohne Kampf geschah, ärgert die Chemiker.

2. wird gesagt, der Vorsitzende hätte den Streik der Maler sabotiert und dadurch eine Lohnfestsetzung von 1,20 M. pro Stunde verhindert. Im Wirklichkeit hat kein Streik der Maler bestanden.

Die Träger der Weltrevolution hatten sich im Rosenthaler Hof versammelt. Chemiker und Syndikalistin beizügten sich gegenseitig des Betrugs. Daß der Vorstand unsere Organisation sich in diesen häuslichen Streit nicht einmische, wird ihm als Verbrechen angekreidet. Der Vorstand wird auch weiterhin, wenn Syndikalistin und Chemiker das Jahrhundert in die Schranken fordern, sich an der Rede-Revolution nicht beteiligen, sondern in praktischer Arbeit die Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Beruf zu bessern versuchen.

3. wenn geschrieben wird, die Opposition verfordere die Führer der Arbeiterchaft, so ist festzustellen, daß der Beirat (also auch die A.D.-Genossen) diese Führergarnitur aus der Organisation ausgeschlossen hat. Diese Helden, die ohne Beiträge zu zahlen noch Kampf schreien, können wir den Chemikern. Die Mitläufer werden in kurzer Zeit merken, daß sie ihre Beiträge an die Chemiker umsonst bezahlt haben.

Nachdem die Masken gefallen sind, werden unsere Kollegen auf den Arbeitsstellen zur Aufklärung und Festigung der Organisation wirksam beitragen.

Der Lohnkampf der Eisenbahner.

Der Abbruch der Verhandlungen über die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne droht zu einem Ausstand zu führen, wenn das Reichsverkehrsministerium nicht umgehend versuchen sollte, wenigstens eine Annäherung an die Forderungen der Gewerkschaften vorzunehmen. Vorläufig werden die Eisenbahnerorganisationen in gemeinsamen Besprechungen, die heute Freitag beginnen, sich darüber klar werden, welche Taktik eingeschlagen werden soll, wenn das Reichsverkehrsministerium auf seiner Auffassung besteht. Am Dienstag nach Pfingsten treten dann in Berlin die erweiterten Vorstände sämtlicher Verbände zu Einzelberatungen zusammen. Sicher ist schon heute, daß auch im Fall einer Teilbewegung die Eisenbahnerorganisationen geschlossen vorgehen.

Der Zechenverband stiftet neuen Streit.

Bochum, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In der Frage der Nichtanerkennung der Betriebsräte im Ruhrbergbau haben die vier Bergarbeiterverbände den Reichsarbeitsminister um Vermittlung angerufen. Bekanntlich vertritt der Zechenverband im Gegensatz zu den Bergarbeiterverbänden die Auffassung, daß durch die Absperrung das Arbeitsverhältnis unterbrochen worden sei; damit sei das Amt der Betriebsräte als erledigt zu betrachten.

Zurück zum Dreischichtwechsel!

In einer Eingabe an die Reichsregierung fordert der christliche Metallarbeiterverband die Wiedereinführung der achtstündigen Arbeitszeit für Schwerarbeiter in Betrieben der Großeisenindustrie. Das bedeutet bei ununterbrochener Betriebe die Wiedereinführung des Dreischicht- statt des Zweischichtsystems. In der Eingabe heißt es u. a.:

„Durch das am 13. Dezember 1923 unter hervorragender Mitwirkung des Herrn Reichsarbeitsministers abgeschlossene Arbeitszeitabkommen für die Großeisen- und Metallindustrie des Rhein-Ruhrbezirks wurde die Arbeitszeit in fast allen Betrieben der Großeisenindustrie grundlegend verlängert.“

Das unter dem Druck der wirtschaftlichen Not getroffene Abkommen führte im wesentlichen vom Dreischichtensystem mit acht Stunden Arbeitszeit zum Zweischichtensystem mit einer zwölfstündigen Schichtzeit, wenn auch mit einigen Erleichterungen. Dasselbe stellt den überaus beachtlichen

Internationale Kundgebung

am Donnerstag, den 12. Juni, abends 7 1/2 Uhr, anlässlich des Parteitagcs der USPD.

in folgenden Lokalen:

Lehrervereinshaus, am Alexanderplatz
Germania-Säle, Chausseestraße 110
Saalbau Friedrichshain, Am Friedrichshain
Schultheihaus (Wintergarten), Hasenheide 22

Neben deutschen Reichstagsabgeordneten werden in allen Versammlungen ausländische Sozialisten zur Berliner Arbeiterchaft sprechen. Arbeitergefangenvereine wirken ebenfalls mit.

Versuch dar, in der Schwerindustrie auf dem Wege freier Vereinbarung die Frage der Arbeitszeit zu lösen.

Die Handhabung des Arbeitszeitabkommens beweist jedoch, daß dieser Versuch keineswegs zu befriedigenden Ergebnissen für die Arbeiter geführt hat. Ferner hat sich gezeigt, daß der Grundgedanke der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 — wichtige Interessen der Arbeitnehmer zu wahren — nicht aufrechterhalten wurde und auch zum Teil nicht aufrechterhalten werden konnte. Die Arbeiterschaft der Großeisenindustrie ist durch das Mittel der Selbsthilfe allein nicht ausreichend vor dem Uebergewicht der wirtschaftlichen Macht dieser kartellierten Industrie geschützt.

Wir sehen uns daher in die Notwendigkeit verlegt, die Frage der Arbeitszeit erneut aufzurollen und zu beantragen:

auf dem Wege gesetzlicher Verordnung für die nachbenannten Arbeiter das Dreischichtensystem bzw. die achtstündige Arbeitszeit wieder einzuführen.

1. Für die Arbeiter der Hochöfen, Kokereien, sowie der sonstigen Betriebe mit ununterbrochener Produktion.

2. Für die unmittelbaren Produktionsarbeiter im Thomas- und Martinwerk, im Walzwerk, Presswerk, Hammerwerk, Bodenwerk, in den Kählengießereien und in ähnlichen Betrieben.

3. Für alle Arbeiter in den Zink- und Bleiwerten.

Die eingehende Begründung dieser Forderungen bildet in ihren rein sachlichen Ausführungen eine gewaltige Anklage gegen die rücksichtslose Arbeitszeitverlängerung in der Schwerindustrie. Wir entnehmen ihr folgenden Abschnitt:

„Die Erhaltung des Lebens, der Gesundheit und der Produktionskraft der Arbeiter der Hütten- und Walzwerkindustrie erfordert unbedingt, daß die Arbeitszeit auf die dreigeteilte Schicht bzw. auf acht Stunden wieder herabgesetzt wird; ja, daß in Warmwalzwerksbetrieben für Fein- bzw. Weichbleche wieder zur vierteiligen Schicht, zur sechsstündigen Arbeitszeit, zurückgekehrt wird, wie es früher schon in vielen Betrieben der Fall war. Denn es mehren sich selbst in der kälteren Jahreszeit die Fälle festgesetzt. Mit dem Eintreten der heißeren Jahreszeit ist in diesen der bezeichneten Betriebe noch Schlimmeres zu befürchten. Nach Feststellung der Krankenkassen steigen auch Zahl und Dauer der Krankheitsfälle erheblich. Das gleiche gilt für Unfälle. Erscheinungen unseres Wohnungs- und Verkehrslebens erschweren ebenfalls die jetzt längere Arbeitszeit. So sind oft stundenlange Weggänge von und zur Arbeit zurückzulegen und Mittagessen an die Arbeitsstellen nicht mehr heranzubringen.“

Zum Schluß wird zusammenfassend gesagt: Die gegenwärtige Regelung steht in Widerspruch mit den Grundgedanken und dem Zweck der Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923. Nachweislich ist die Regelung der Arbeitszeit so erfolgt, daß diejenigen Arbeiter, welche die schwersten, gesundheitschädlichsten und gefährlichsten Arbeiten verrichten müssen, die längste Arbeitszeit haben. Dieser Zustand ist ungerecht und unhaltbar.

Die sächsischen Kohlenbarone verhandeln nicht!

Dresden, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die für heute, Freitag, in Berlin angelegten Verhandlungen zur Schlichtung des Konflikts im sächsischen Kohlenbergbau mußten in letzter Stunde abgelehnt werden, da die Arbeitgeber ihre Beteiligung abgelehnt haben.

Schiedsgericht für die rheinisch-westfälische Metallindustrie

Essen, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Donnerstag fanden in Essen erneut Verhandlungen für die nordwestliche Gruppe der Metallindustrie über die Regelung von Lohn und Arbeitszeit statt. Der Vertreter des Schlichters für Rheinland und Westfalen versuchte als Vorsitzender beide Fragen zu vereinen. Eine Einigung zwischen den Parteien war jedoch nicht zu erzielen, da die Arbeitnehmer lediglich die Lohnfrage, die Arbeitgeber jedoch nur die Arbeitszeitfrage geregelt wissen wollten. Der Vertreter des Reichsministers hat daher zwangsweise für Donnerstag, den 12. Juni, ein Schiedsgericht

eingeleitet und dazu die Arbeitgeber zwangsweise für die Lohnverhandlungen, die Arbeitnehmer zwangsweise für die Regelung der Arbeitszeit geladen.

Konferenz der Internationalen Berufssekretariate.

(I.B.S.) Laut Beschluß der im November 1923 in Amsterdam abgehaltenen Sitzung der Internationalen Berufssekretariate mit dem I.B.S. fand am Vorabend des Internationalen Gewerkschaftskongresses in Wien unter Leitung des Vorstandes des I.B.S. eine Konferenz statt, in der die im November 1923 unterbreiteten Vorschläge des Bureaus des I.B.S. betreffend die organisatorischen Beziehungen zwischen dem I.B.S. und den Internationalen Berufssekretariatsratifiziert werden sollten. Während in der Novemberberingung die ersten vier Punkte (Teilnahme der Berufssekretäre als Gäste am internationalen Gewerkschaftskongress, Abhaltung zweijähriger internationaler Konferenzen, Aufnahme von drei Vertretern der Berufssekretariate in den Vorstand des I.B.S. mit beschließender Stimme und Pflicht der Berufssekretariate, in allgemeinen Fragen keine endgültigen Beschlüsse zu fassen ohne vorherige Beratung mit dem I.B.S.) einstimmig gutgeheißen wurden, erklärten sich sechs Berufssekretariate gegen die Bestimmung für die Zulassung zu den Berufssekretariaten.

Die Konferenz fand unter dem Vorsitz Merlens im Gebäude der Oesterreichischen Gewerkschaftskommission statt. Abgesehen von den Vorstandsmitgliedern des I.B.S. waren nachstehende Berufssekretariate vertreten: Bergarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter, Jutmacher, Zimmerer, Leberarbeiter, Privatangestellte, Postangestellte, Lithographen, Lebensmittelarbeiter, Landarbeiter, Bauarbeiter, Fabrikarbeiter, öffentliche Angestellte, Maler, Buchbinder, Bekleidungsarbeiter, Holzarbeiter, Textilarbeiter und Typographen.

Die ersten beiden Tage wurden vollständig der Ratifizierung der Beschlüsse vom November 1923 gewidmet. Einige Berufssekretariate, so z. B. die Transportarbeiter, Metallarbeiter und Lebensmittelarbeiter brachten vor allem die Frage unserer Stellung zu den russischen Organisationen zur Erörterung, und es fanden in diesem Zusammenhang ausführliche Beratungen statt. Trotz technischer Meinungsverschiedenheiten gingen alle Delegierten in der Auffassung einig, daß die Einheit zwischen den Berufssekretariaten und dem I.B.S. im Interesse der ganzen Arbeiterklasse gewahrt bleiben muß. Es wurde demnach mit einer Stimmhaltung (Bergarbeiter) folgender Antrag Dr. Maler (Postangestellte) mit einem Zusatzantrag einstimmig angenommen:

„Die Konferenz der Internationalen Berufssekretariate vom 31. Mai und 1. Juni 1924 erklärt, daß als einzige Gewerkschaftsinternationale aller Gewerkschaften ausschließlich der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam anerkannt wird.“

Die Beschlüsse der Konferenz des I.B.S. und der Internationalen Berufssekretariate vom 9. und 10. November 1923 werden als organisatorische Richtlinien anerkannt.

Sollten Internationale Berufssekretariate in die Notwendigkeit verlegt werden, von diesen Regeln abzuweichen, so sind sie gebeten, sich zuvor mit dem Vorstand des I.B.S. oder wenigstens mit einer Konferenz zwischen dem Bureau des I.B.S. und den drei Vertretern der Internationalen Berufssekretariate in Verbindung zu setzen.“

Die Faschistengewerkschaften in Italien.

Das offizielle Organ des Bundes der faschistischen Verbände macht über dessen Organisation folgende Angaben:

Der Bund faschistischer Verbände umfaßt augenblicklich zwei Millionen Mitglieder in 22 Organisationen. Er unterhält ein Generalsekretariat mit einem Generalsekretär und sechs stellvertretenden Sekretären, sowie Verwaltungspersonal, ferner ein Pressebureau, ein Hauptbureau für Freizeit, ein nationales technisches Bureau und ein Bureau für Rechtsberatung.

Das Bureau für Freizeit hat die Aufgabe, „alle Versuche zu unterstehen, die geeignet sind, die körperliche und geistige Erziehung der Arbeiter zu fördern und zum Wohlbefinden der Arbeiter beizutragen“. Mehrere Bureaus sind bei den Provinzialverbänden eingerichtet.

Das nationale technische Bureau studiert die wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen, die das Leben der Arbeiterschaft berühren. Es sammelt alles Material, das beiträgt zur Entfaltung der sozialen Gesetzgebung, der Statistik, der Arbeitsvermittlung, der sozialen Vorbeugung und Unterweisung für die Opfer der Arbeitsunfälle. Das Bureau steht mit denselben Bureaus der Provinzialverbände in ständiger Verbindung.

Das Bureau für Rechtsberatung und Befehlgebung befaßt sich mit der Rechtsunterstützung der nationalen Verbände und der gewerkschaftlichen Provinzialverbände. Durch die Vermittlung dieser beiden Bureaus die Interessen der Arbeiter wahr. Es wacht über die Einführung von Kollektivverträgen, studiert die Gesetze und Erlasse über Arbeitsfragen und arbeitet Reformvorschlüsse aus.

Die offiziellen Veröffentlichungen des Bundes sind die Wochenschrift „Lavoro d'Italia“ und die Monatschrift „Stirpe“.

Der Londoner Verkehrsstreit, der gegen den Willen der Gewerkschaften ausgebrochen ist, wird von den Gewerkschaften als das Werk eines inoffiziellen kommunistischen Streikkomitees bezeichnet — Die Arbeiter der Elektrizitätsgesellschaft, die den Strom für die Untergrundbahn liefert, haben den Betrieb der Untergrundbahnen stillgelegt. Die streikenden Arbeiter der Reparaturwerkstätten der Great Western Railway fordern eine Lohnerhöhung von 10 Schilling pro Woche. Von diesem Streik werden 80 000 Arbeiter betroffen.

Verband der Maler, Lackierer und Anstreicher.

Mitgliederversammlung heute, Freitag, abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 4. Vortrag über Sachverständigenrat und Wirtschaftslage, sowie Aussprache über Tarif- und Preisfragen innerhalb des Malerzwerbes. Die Redner werden ersucht, zu dieser Versammlung zahlreich zu erscheinen. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. Der Stillevorstand.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Fritz Gaternus; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Ertmer; Kultur: Dr. John Schilowski, Soles und Sonntag; Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Gluck; Literarisch: Berlin. Verlag: Bernhardt-Berlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin S. W., Lindenstraße 2, Bureau 3 Beilagen.



Gegen jeden Mundstich hilft allein nur „Moukol“ Zif!

Zu haben in allen Drogerien und einschlägigen Geschäften. M-TIKWINSKI BERLIN W-9

Von köstlich erfrischendem, würzigem Geschmack. — Die stundenlang anhaltende, antiseptische Wirkung konserviert die Schleimhäute und aromatisiert gleichzeitig den Atem.

ZAHNCREME MOUSON

Trotz der stark desinfizierenden, zahnsteinlösenden Eigenschaften ohne schädigenden Einfluß auf den Zahnschmelz. — Die gründliche und mühelose Beseitigung des Zahnbelages ist augenfällig.

Von neuen Puppen.

Die Puppe spielt im Leben des Kindes und im Leben der Völker eine große Rolle. Sie ist ganz und gar Stofflichkeit, in Holz und Porzellan, Tuch, Samt und Seide geformte Gedanken und aufgefängene Ideen. Dem Kind ersetzt sie den Menschen, bei den Erwachsenen hat sie zuweilen schon den Menschen verdrängt. Man denke beispielsweise nur an die Puppenspiele, die nach dem Dreißigjährigen Kriege in hoher Blüte standen. Bei diesen Spielen, besten Inhalts, bediente man sich einzig und allein der Puppen. Und das Volk hatte seine helle Freude an dem gewollten Schauspielerspiel. Zu den am meisten aufgeführten Puppenspielen gehörte der „Doktor Johannes Faust“. Lessing regte dieser Stoff zu einer Bearbeitung an und Goethes Faust ging aus dem Puppenspiel hervor. Noch bis auf den heutigen Tag haben wir unsere Freude an dem ewig ständehaltenden Kasper, der ganz Materie ist. Zudem sind ernste Bestrebungen bemerkbar, die das von hohen künstlerischen Gesichtspunkten geleitete Marionettentheater wieder aufleben lassen wollen.

Die Teepuppe.

Als es Deutschland und namentlich seinen Großstädten recht schlecht erging, tauchte auf einmal die Teepuppe auf. Sie stand gravitätisch in den Schaufenstern und die Vorübergehenden starrten sie an. Die ersten Puppen, die sich herauswagten, hatten ein Porzellan Gesicht. Sie waren referiert im Ausdruck, steif in der Haltung und adrett in der Kleidung, wie die hochanständigen holländischen Servierdamen, wenn sie Fröste, des Nationalgetränk, auftrugen. Dann kamen die Holzgesichter. Die waren schon ausdrucksvoller, belebter. Die Wiener Kunstgewerbetler verdienten damals, bei dem Tiefstand ihrer Valuta, wenn sie nach Deutschland ausführten. Ihre Puppen hatten viel Fröhlichkeit in ihren hölzernen Gesichtern. Der Künstler von heute muß darauf achten, daß seine Ideen für die Massenfabrikation geeignet sind. Das taten auch alle Teepuppenhersteller. Alsbad gab's die Köpfe aus Pappmaché und allen möglichen Materialarten. Und so manche Marquise aus dem großen Liebeszeitalter kurz vor der großen französischen Revolution fand als Teepuppe ihre Auferstehung. Die routinierte Lebenskünstlerin verbar, wenn es darauf ankam, gegebenenfalls ihren Bogen unter ihrem Gewand, die kleine Teepuppe dient der Warmerhaltung von Getränken. Das Vorbild verdroß die Mäder in Deutschland. Ernst und Strafen wurden Artikel gegen die Teepuppe geschrieben. Voller Ermahnungen weitererte man gegen die Unsitte. Doch in Deutschland herrschte die Inflation und die Geschäftsleute warfen jeden nur eben gängigen Artikel auf den Auslandsmarkt. Darum

ging die in Deutschland hergestellte Teepuppe durch die ganze Welt. Aus Amerika kamen Privatbriefe, die erstaunt sagten: „Aber, was die Deutschen für hübsche Puppen machen! Wie sieht's mit Eurem Spielzeug, das haben wir während des Krieges auch entbehrt!“ Die Ausländer hatten für unsere Begriffe Geld und die Puppen wurden immer feiner. Bald bekamen sie Wachs Köpfe und Wachsarme und -hände. Zugleich lebte da das Kotofo auf, dieser Kunststil, der von 1715 bis 1750 in Frankreich und Deutschland der herrschende war. Leichtestezierlichkeit und leichte Töne feierten ihre Triumphe. Der



Wollpuppe

Künstlertuppe

Mater Watteau wurde in Puppen lebendig und das Meißener Porzellan wurde in Wachs besetzt. Die Puppenliebhaberei jedoch brachte Arbeitsmöglichkeiten, dem Künstler, der das Modell schuf, dem Arbeiter, der es in Massenfabrikation ausführte, dem Friseur, der die Lockenperücke herstellte und der Schneiderin oder Kunstgewerbetlerin, die das Püppchen anzog. Außerdem lebte Deutschland damals im Zeichen der Restorerwertung. Dieser und jener Lappen ergaben immerhin noch ein phantastisches Puppenkleid und manche Angehörige aus den versinkenden Schichten zog eine Puppe an, in der oft sehr trügerische Hoffnung, sie zu verkaufen. Heute hat sich das Kotofo schon mehr und mehr überlebt, man muß einen anderen „Typ“ bringen, um originell zu sein. Gut macht sich beispielsweise die Spanierin, die bereits im 16. Jahrhundert einen Reißrod trug, dem späterhin Marie Antoinettes und Kaiserin Eugeniens Modellaunen zu hervorragender Bedeutung verhelfen.

Eine Puppengeneration.

Die Teepuppe blieb nicht allein auf weiter Flur. Es entstand eine ganze Puppengeneration. Da sei vorerst die Künstlertuppe genannt, die einzig und allein eine schlante Linie ist, im Korbfessel sitzt oder auf dem Sockel steht. Ferner die Stoffpuppe für Kinder. Sie haben einen, irgendeine Gefühlsäußerung festhaltenden Gesichtsausdruck, der freilich für die kindliche Phantasie gar nicht nötig ist. Ferner haben sie, und das ist ihr Hauptvorteil, keine verwerflichen Kugelgelenke, denn ihre Form gewordene Stofflichkeit macht sie unzerbrechlich. Darum ist ihre Anschaffung empfehlenswert. Wie manche Puppe mit Porzellan Kopf bringt einem armen Kinde, dem sie durch einen Fall aus dem harten Steinboden zerbricht, nur Leid und Betrübnis. Die Stoffpuppe hat im allgemeinen runde Formen, eine gewisse Wohlgenährtheit, ganz formlos hingegen ist die kleine Tänzerin, die man auf Grammophonplatten usw. setzt. Sie ist so nur ein Draht mit etwas Frottee- oder Seidenbehang. Die Wollpuppe ist derber, dank ihres Materials. Sie paradiert auf Zierstühlen oder auf kleinen, schwarzen Holzunterfüßen, wodurch sie zur modernen Ripplade wird. Aus Wollfäden besteht manche Veseleichenpuppe. Während man früher in einigen Schulen den Kindern

kein buntes Veseleichen gestattet, erlauben heutzutage etliche Schulen die eigene Anfertigung von Wollpuppen- und Veseleichen. Warum auch nicht? Soll ein solches Püppchen gelingen, muß neben Fingerfertigkeit und Farbensinn auch die Befähigung bekundet werden, die eigene Phantasie ruhig und zu verwerten. Das Münchener Kunstgewerbe wirkt auch Puppen auf den Markt, es bringt u. a. die Puppe als Hochleuchter. Man sieht sie oft als steifen Engel, bei dem man noch die Herkunft aus dem katholischen Agrarlande spürt. Unerwähnt soll aber nicht bleiben, daß das Vorbild des Puppengels aus dem Erzgebirge kam. Die bestickten Sockelstücken gefallen sich zurzeit ebenfalls in der Verwendung des Puppenmotives. Meistens sieht man Tänzer oder Tänzerinnen in einer auf fallenden Bewegung. Es ist eine Verbeugung vor der schönen Linie und der Beinakrobatik. Auf den Kleibern erblickt man gegenwärtig die Puppe als Volkstyp aus fremden Ländern oder als Mumie aus weitestreckten Zeiten. Aber das Puppenmotiv ist entwicklungsfähig, auch noch dieser Richtung hin. Wo wir jetzt schon auf den Damenmänteln die gestickten Löwen mit ondulierter Lockenmähne serienweise auftreten sehen, was können wir da erst, in Befolgung des Allgemeingeschmacks, an den Puppen erleben. Wir gewahren die Puppe als Zuckerdose und als Bonbonniere, als Puderquaste, als Kuchenglocke und als Glucksgöttin auf dem Automobil. Und eigentlich sollten wir die Puppe liebhaben, bringt sie doch harmlose Fröhlichkeit in unsere überzüchtete, zerrissene Zeit, die der Harmlosigkeit entfremdet ist und sich doch bitter nach ihr sehnt.

Der Roggen blüht.

Jedes Kind auf dem Lande weiß, daß die Zeit der Roggenblüte eine kritische ist. Kommt ein Nachtfrost, so ist die Ernte in beträchtlichem Maße gefährdet. Nachtfrost — im Juni? Ist schon dagewesen, und die mehr als lästige Bitterung der letzten Tage löst deshalb Bedenken ein. Bis zur leichten Reifbildung ist es schon nachts gekommen. Und die offiziellen „Wettermacher“ sprechen von einer Fortdauer der ungemütlichen Situation.

Glücklicherweise hat sich diese Prophezeiung nicht bestätigt; die Witterung ist wieder milde geworden. Mit dem Stand des Wintergetreides darf man zufrieden sein: manns hohe Halme und lange Lehren können wir bei unseren Landwanderungen schauen. Das feucht-warme Wetter des gewitterreichen Maimonats hat die Entwicklung der Vegetation günstig beeinflusst; sie hat ein schnelleres Tempo eingeschlagen als in früheren Jahren, wo der Frühling schon zeitiger begann. Die Natur sorgt gewissermaßen für den notwendigen Ausgleich; Schoten und Kohlrüben, Bohnen, Kohlrabi zeigen ein erfreuliches Wachstum, bald wird die Zeit der ersten Ernte da sein. Ohne Bedenken kann man jetzt die Gurkenpflanzen ins Land bringen, hoffentlich sorgt ein warmer Sommer für ihr Gedeihen und auch für eine reiche Lomatenernte. Mit dem Pflanzen ist es jetzt im allgemeinen vorbei, Grünkohl, Runkeln haben noch Zeit.

So ist die Gartenarbeit auf das Erhalten des Vorhandenen eingestellt. Hacken und Gießen bilden die Hauptbeschäftigung. Aber sie läßt Zeit genug übrig, um die schönen langen Abende zu genießen: ein Kartenspielen in Ehren kann niemand verwehren. Und die Kinder tummeln sich, bis sie reichlich müde sind.

Straßenbahnfrühverkehr zu Pfingsten.

In der Nacht vom Sonnabend bis zum Beginn des fahrplanmäßigen Betriebes am 1. Pfingstfeiertage ununterbrochener Betrieb auf den Linien 1, Stadtring, 74, Kniproderstr.—Lichterfelde, Handelsplatz, 76 zwischen Halensee und Spittelmarkt, (je alle 15 Minuten) und 99 zwischen Uferstr. und Bergmannstr. alle 20 Minuten. Außerdem sind bei günstigem Wetter an den beiden Pfingstfeiertagen außer fahrplanmäßige Frühfahrten auf den folgenden Linien vorgegeben: Linie 1, Stadtring (am 2. Pfingstfeiertage) ab Hallesches Tor, Richtung Moritzplatz von 5,00, Richtung Potsdamer Platz von 5,00 an alle 15 bhm. 74 Minuten. Linie 9, Einseitzüge ab Strelitzer Str. von 4,25 an alle 15 Minuten, ab Görlitzer Bahnhof von 5,20 an alle 15 Minuten. Linie 11, ab Wiebestr. bis Bahnhof Neutölln von 5,53 an alle 15 Minuten, ab Bahnhof Neutölln bis Wiebestr. von 5,59 an alle 15 Minuten. Linie 24 ab Bankstr. nach Buchholz von 5,20 an alle 15 Minuten. Linie 31, ab Strelitzer Str. bis Bahnhof Zoologischer Garten von 4,33, ab Bahnhof Zoologischer Garten von 6,13 an alle 15 Minuten. Linie 48, Einseitzüge ab Schönhauser Tor bis Nordend von 4,23 an alle 15 Minuten. Linie 54E ab Spandau, Bichelsdorfer Straße, bis Hakenfelde von 5,09 bis 9,30, ab Hakenfelde von 5,44 bis 10,06 alle 15 Minuten. Linie 56, ab Kaiserplatz bis Stettiner Bahnhof von 5,48, ab Stettiner Bahnhof bis Bahnhof Steglitz von



Teepuppe

Leuchterpuppe

Putois.

Von Anatole France.

(Schluß.)

„Frau Cornouiller blieb steif und fest bei ihrer Ueberzeugung, daß das Kind ihrer Köchin von Putois stamme. Jedermann in St. Omer, vom Gerichtspräsidenten bis herab zum Laternenanzünder, kannte Gudule und ihren Korb. Bei der Neugier, daß Putois Gudule verführt habe, war die ganze Stadt voller Ueberraschung, Verwunderung und Heiterkeit. Putois wurde wie ein Held gefeiert. Auf sehr leichte Indizien hin schrieb man ihm die Vaterchaft von fünf oder sechs anderen Kindern zu, die in jenem Jahr zur Welt kamen und die besser getan hätten, fern zu bleiben, in Anbetracht des Vergnügens, das ihrer dort wartete, und mit Rücksicht auf die Freude, die sie ihren Müttern bereiteten.“

„Welch ein Ungeheuer, dieser Putois!“ riefen die Gervatterinnen.

So bedrohte dieser unsichtbare Satyr mit nicht wieder gut zu machendem Unheil die weibliche Jugend unserer Stadt, in der man, wie die ältesten Leute sagten, die jungen Mädchen seit Menschengedenken stets in Ruhe gelassen hatte.

Während er so in der Stadt und umgehend sein Spiel trieb, war er mit unserem Hause durch tausend seine Bande verknüpft. Man hatte ihn vor unserer Tür gesehen und glaubte, daß er zuweilen über die Gartenmauer kletterte. Niemand hat ihm je ins Gesicht gesehen, aber jeden Augenblick erkannten wir seinen Schatten, seine Stimme und die Spuren seiner Schritte. Mehr als einmal glaubten wir in der Dämmerung bei einer Krümmung eines Weges seinen Rücken zu erblicken. Mir und meiner Schwester gegenüber änderte er seinen Charakter ein wenig. Schlecht und bössartig blieb er, aber er wurde knabenhaft und naiv. Er gab sich weniger realistisch, ich kann wohl sagen, mehr poetisch. Er trat in den Kreis unserer treuerzigen, kindlichen Traditionen. Er wurde zum Schreckgespenst, zum Buhmann und zum Sandmann, der abends den Kindern die Augen schließt. Er machte den Puppen meiner Schwester Schnurrbärte mit Tinte, und von unseren Betten aus hörten wir ihn vorm Einschlafen; er heulte auf den

Dächern mit den Katzen, bellte mit den Hunden, stöhnte in den Rauchfängen und ahmte auf der Straße den trunkenen Gesang später Zecher nach.

Was uns Putois stets gegenwärtig und vertraut machte, war, daß die Erinnerung an ihn sich mit allen Dingen verknüpfte, die uns umgaben. Joës Puppen, meine Schulhefte, in denen er so oft die Seiten zerknitterte und beschmutzte, die Gartenmauer, über die er im Dunkeln mit seinen roten Augen spähte, der blaue Fayencetopf, den er im Winter zerbrach, wenn es nicht etwa der Frost getan hatte, die Bäume, Straßen, Bänke, alles erinnerte an Putois, unseren Putois, den Putois der Kinder, ein ortsangehöriges, mythisches Wesen. An Ptois und Poesie durfte er sich nicht mit dem dicken Faun von Thessalien oder Sizilien messen, aber er war doch ein Halbgoit.

Für unseren Vater hatte er einen ganz besonderen Charakter. Er war ihm ein Rätsel und Gegenstand philosophischer Betrachtungen. Unser Vater hatte viel Mitleid mit den Menschen. Er hielt sie für nicht allzu vernünftig; ihre Irrtümer, wenn sie nicht auf Grausamkeit hinausliefen, amüsierten ihn und brachten ihn zum Lachen. Der Glaube an Putois, interessierte ihn wie ein Auszug aus dem Lehrbuch über den menschlichen Glauben. Da er eine Neigung zur Ironie hatte und sich gern ein bißchen lustig machte, so sprach er von Putois wie von einem wirklichen Wesen. Er legte bisweilen so viel Gewicht darauf und hob einzelne Umstände so scharf hervor, daß meine Mutter ganz überrascht war und in ihrer Unrichtigkeit wohl zu ihm sagte: „Fast sollte man glauben, daß du im Ernst sprächest, mein Lieber, aber du weißt doch...“

Dann antwortete er gelassen: „Ganz St. Omer glaubt an Putois. Wie wäre ich ein guter Bürger, wenn ich ihn verleugnen wollte! Man muß es sich zweimal überlegen, ehe man einen allgemeinen Glaubenssatz verwirft.“

Nur ein ganz ehrlicher Sinn kann solche Strupeln hegen. Mein Vater pflegte stets seine eigene Meinung in Einklang mit der allgemeinen Meinung zu bringen, er glaubte daher wie die Bewohner von St. Omer an die Existenz von Putois, aber er gab nicht zu, daß er direkt an dem Melonendiebstahl oder an der Verführung von Köchinnen beteiligt sei. Er bekannte sich zu dem Glauben an die Existenz von Putois als ein richtiger Einwohner von St. Omer, aber er brachte Putois

nicht, um die Begebenheiten zu erklären, die sich in der Stadt zutrugen. So war er in dieser Beziehung wie in jeder anderen ein vortrefflicher, verständiger Mann.

Was unsere Mutter betrifft, so warf sie sich ein wenig Putois' Entfremdung vor und nicht ohne Grund. Denn Putois war aus einer Lüge unserer Mutter geboren, wie Caliban aus der Lüge des Dichters. Gewiß war das Unrecht nicht daselbe und meine Mutter viel unschuldiger als Shakespeare, aber sie war doch erschrocken und verwirrt, als sie sah, daß ihre harmlose Lüge ins Ungeheure angewachsen war und welche lebhafteste Wirkung ihre leichtfertige Vorspiegelung hatte, die schier kein Ende nehmen wollte, sich bereits über die ganze Stadt verbreitet hatte und drohte, sich über die ganze Welt zu erstrecken. Eines Tages erblickte sie vor Schreck und dachte nicht anders, als daß ihre Lüge Fleisch und Blut angenommen habe. An jenem Tage kam das Dienstmädchen, das erst vor kurzem im Hause und in der Gegend war, zu meiner Mutter und sagte, es sei ein Mann da, der sie sprechen möchte.

„Was für ein Mann?“ fragte sie.

„Ein Mann in einer Bluse, er sieht aus wie ein Arbeiter vom Lande.“

„Hat er seinen Namen nicht genannt?“

„Ja, Madame.“

„Wie heißt er?“

„Putois.“

„Er sagte Ihnen, er heiße...“

„Putois, jawohl, Madame.“

„Ist er noch da?“

„Ja, Madame, er wartet in der Küche.“

„Und Sie haben ihn gesehen?“

„Ja, Madame.“

„Was will er denn?“

„Das hat er nicht gesagt. Er will es nur Madame selbst sagen.“

„Gehen Sie hin und fragen Sie ihn, was er wolle.“

Als das Mädchen in die Küche zurückkam, war Putois nicht mehr da. Dieses Zusammentreffen von Putois mit dem fremden Mädchen ist niemals aufgeklärt worden, und es scheint, daß meine Mutter von diesem Tage an zu glauben begann, es sei doch möglich, daß Putois wirklich existiere, und daß sie füglich nicht gelogen habe.“

6,35 an alle 15 Minuten. Linie 57, ab Emser Platz nach Pankow von 4,53 an alle 15 Minuten. Linie 66, Einsechzige ab Wollentmarkt nach Hohenschönhausen von 4,27 an alle 15 Minuten. Linie 68, ab Herzberg bis Serriner Bahnhof von 4,42 an alle 15 Minuten. Linie 69, ab Spittelmarkt nach Friedrichsfelde von 4,33 an alle 15 Minuten. Linie 73, ab Sophie-Charlotte-Platz bis Kupfergraben von 5,41 an alle 20 Minuten, ab Kupfergraben bis Herstr. von 6,15 an alle 20 Minuten. Linie 77, ab Steglitz, Lichterfelde Chaussee, bis Bahnhof Zoologischer Garten von 5,38 an alle 15 Minuten. Linie 82, ab Dönhofsplatz bis Spreetunnel von 4,51 an alle 15 Minuten. Linie 87, Einsechzige ab Spittelmarkt bis Spreetunnel von 4,09 an alle 15 Minuten und ab Schiefisches Tor bis Spreetunnel von 4,08 an alle 10 Minuten. Linie 93 bjm. 4, Einsechzige ab Hermannsplatz über Odertier Bahnhof bis Treptow, Rathaus, von 4,30 an alle 15 Minuten. Linie 93E, vom Anhalter Bahnhof bis Treptow, Rathaus, von 4,45 an alle 15 Minuten. Linie 96, ab Belle-Alliance-Platz bis Bahnhof Lichterfelde-Ost von 5,23 an alle 15 Minuten, ab Bahnhof Lichterfelde-Ost von 6,22 an alle 15 Minuten. Linie 97, ab Bahnhof Steglitz von 5,14, ab Mariendorf von 5,37 an alle 20 Minuten. Linie Z, ab Bahnhof Lichterfelde-Ost bis Stahnsdorf von 6,08 an alle 20 Minuten, bis Nachtorfer Schleuse von 8,08 an pünktlich anstatt sonst alle 2 Stunden.

Stramme Justiz.

Die eigenartigen Verhältnisse, die sich in der modernen Strafjustiz entwickelt haben, besonders Rechtsanwält Dr. Walter Bahn an Hand eines besonderen Falles in den folgenden Ausführungen:

Es weht neuerdings in der Strafjustiz wieder ein scharfer Wind, und zwar wesentlich ausgehend von der Emmingerischen „Reform“ der Strafprozedur. Die Abschaffung der Schwurgerichte hat das Patenelement so gut wie ganz aus der Rechtspraxis ausgehalten; denn die Betätigung der Schöffen zusammen mit den gelehrten Richtern gewährleistet in keiner Weise die bisherige Unabhängigkeit der Geschworenen, die ganz unter sich berieten und entschieden, vollständig losgelöst von dem Einfluß der Berufsrichter. Die Routine der erfahrenen Strafrichter ist natürlich bei der Beratung den Schöffen oder Geschworenen bei weitem überlegen. Am schlimmsten aber war die Ubergangszeit, als die Strafkammern ohne Mitwirkung von Laien die Rechtsprechung der früheren Schwurgerichte ausübten. In dieser Periode hat man so recht den Unterschied zwischen dem Urteilen der Schwurgerichte und der gelehrten Gerichte erkennen können, sowohl was die Erkenntnis der Tatsachen als auch was die Strafen anbelangt. Ich will hier zur Illustration einen besonders effektvollen Fall erwähnen, der im „Vorwärts“ bereits erwähnt wurde.

Der 19jährige Kaufmannslehrling Kurt Weis hatte, wie berichtet, im März 1923 in Baduz einen Schlächtermörder erschossen; er wurde wegen Mordes und Raubes angeklagt. Die erste Verhandlung fand zunächst vor dem Schwurgericht am 8. Dezember 1923 statt, sie verlief der Verurteilung, weil das Gutachten des Kreisarztes über den Geisteszustand des Angeklagten, das nicht auf § 51 Strafgesetzbuch kam, dem Gerichte nicht ausreichend erschien und ein anderer Sachverständiger hinzugezogen werden sollte. Inzwischen „reformierte“ Emminger die Strafjustiz, und der Angeklagte hatte am 22. März 1923 vor der Strafkammer unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Friedmann zu erscheinen. Das Gericht verurteilte Mord und nahm nur Raub mit Todeserfolg an, es verurteilte aber den 19jährigen Menschen zu lebenslänglichem Zuchthaus, obwohl die Möglichkeit bestanden hätte, Zuchthaus nicht unter 10 Jahren zu verhängen. Dieses Urteil war entschieden zu hart, zumal die Sachverständigen zwar nicht Geisteskrankheit, aber einen gewissen Schwachsinn festgestellt hatten, es war aber vor allen Dingen deshalb zu drakonisch, weil es sich um einen Jugendlichen handelte, der kaum das 18. Lebensjahr überschritten hatte, also gerade aus der Grenze derer heraus war, bei denen die Einsicht in die Strafbarkeit einer Handlung nach dem Strafgesetzbuch zu unteruchen ist. Die eingeleitete Revision wurde, wie meist, verworfen. Die Nachricht hiervon machte auf den jungen Mann einen solchen Eindruck, daß er sich an seinem Geburtstag, dem zwanzigsten, in der Zelle des Untersuchungsgefängnisses Moabit erhängte.

Es stehen sich noch verschiedene Fälle übertrieben scharfer Strafjustiz anführen, indessen würde eine Erörterung der zugrundeliegenden Vorgänge zu weit führen. Auch bei der Strafverteilung wird jetzt mit großer Intensität vorgegangen, das moderne Begnadigungssystem scheint allmählich außer Kraft gesetzt zu werden, sogar geringfügige Gefängnisstrafen werden heute schonungslos ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Folgen und die traurigen Heimverhältnisse vollstreckt. Walter Bahn.

Industrielles Raubrittertum.

Vor dem großen Schöffengericht Tempelhof hatten sich der Fabrikant Buttus aus Feuerbach bei Stuttgart zusammen mit einer Anzahl früherer Angestellter, vormals Techniker und Werkmeister der Firma R. Stod u. Co. in Marienfelde, unter der Anklage des Diebstahls, der gewerbsmäßigen Hebelerei und des fortgesetzten unehrlichen Wettbewerbs zu verantworten. Das Verfahren, das seit 1917 schwebt, hat sich dadurch hingezogen, weil es schwer war, den Hauptangeklagten Buttus vor das Berliner Gericht zu bringen. Buttus war bisher immer ausgeblieben und hatte Aktie eingereicht, daß er wegen Festlichigkeit reisefähig sei. Erst als das Gericht mit der Verhaftung energisch drohte, fand sich der Angeklagte bereit zu erscheinen. Wie der Augenzeuge lehrt, ist der Angeklagte zwar ein außerordentlich wohlgenährter Mann mit stattlichem Leibesumfang, jedoch nicht derartig fettlich, daß seine Bewegungsfreiheit irgendwie gehemmt wird. Doch er guten Grund hatte, einer gerichtlichen Verhandlung aus dem Wege zu gehen, zeigte der Gang des Prozesses. Der Vertreter der als Beschlägerin auftretenden Firma R. Stod u. Co., R. A. Dr. Baefsch, und auch später das Gericht im Urteil bezeichneten das Verfahren des Angeklagten Buttus als industrielles Raubrittertum. Buttus war früher Betriebsleiter bei Stod gewesen und hatte sich seit 1917 systematisch an Angestellte der Firma herangemacht und von ihnen Kopien, Zeichnungen und Tabellen für Spiralschneider- und Spezialwerkzeuge und Prägen in vielen Sendungen erhalten. Bei einer Hausdurchsicht im September 1920 wurde bei ihm eine wohlgeordnete Fabrik mit über 30 Maschinen entdeckt, deren Originale sich allein bei der Firma R. Stod u. Co. befinden und dort

als Betriebsgeheimnis geschützt und nicht in den Handel gebracht wurden. Ein Jahr nach der Entdeckung wurden wieder Kisten, angefüllt mit Prägen und Werkzeugen beschlagnahmt, die von Angestellten der Firma als unverkäufliche Originale ihrer Fabrik festgestellt wurden und über deren Erwerb Buttus dem Gericht keine genügende Aufklärung geben konnte. Als die R. A. Dr. Alberg und Dr. Baefsch, als Vertreter der betroffenen Firma, im Zivilprozeß die Beschlagnahme der Maschinen durchgesetzt hatten, hatte der Angeklagte nichts Eiligeres zu tun, als die Maschinen zu verschrotten. Ueber das vorliegende Material, das in großen Mengen von Zeichnungen und in mehreren Kisten mit Werkzeugen den Gerichtssaal anfüllte, erstatteten die Sachverständigen Prof. Schiefinger von der Technischen Hochschule und Prof. Toussaint von der Reuth-Schule in Berlin interessante Gutachten, in denen sie die Technik der Spiralschneiderherstellung und die Eigenschaften des Materials als ein typisches Geschäftsgeheimnis erläuterten. Nach vielstündiger Verhandlung wurde gegen Buttus, der im wesentlichen trotz seines Vermögens für überführt erachtet wurde, auf ein Jahr Gefängnis erkannt. Zwei weitere Beklagte erlitten kleinere Gefängnis- bzw. Geldstrafen. Gegen die anderen Angeklagten mußte das Verfahren aus rechtlichen Gründen, teils auf Grund der Amnestie, teils mangels eines Strafantrags eingestellt werden.

Sabotageakt in Königswusterhausen?

Geheimnisvolle Demolierung in der Junkstation.

Das Polizeipräsidium teilt mit: In der Nacht vom Sonntag zum Montag wurde auf der im Ausbau begriffenen neuen Anlage der reichsigenen Junkstation zu Königswusterhausen ein Antennenhalter an dem nach Berlin zu gelegenen 210 Meter hohen Mast mit Stahlfüge oder scharfer Feile durchgeschnitten. Die Schnittstelle liegt in 140 Meter Höhe vom Erdboden. Es ist daher anzunehmen, daß der Täter eine Person von mittlerer Größe gewesen sein muß. Der am Fuße des Mastes befindliche Erdungsapparat wurde durch Steinwürfe oder Schläge völlig zerstört. Dies hat der Täter offenbar getan, weil er wußte, daß die Anlage unter elektrischer Spannung stand. Auch läßt die ganze Art des Durchschneidens mit aller Bestimmtheit darauf schließen, daß nur ein Kenner der Anlage und ein Fachmann auf dem Gebiete des Funkwesens der Täter sein kann. Da ein beabsichtigter Metalldiebstahl der ganzen Schloße nach ausgeschlossen erscheint, dürfte die Tat als Sabotage- oder Racheakt zu bezeichnen sein. Die Oberpostdirektion zu Berlin setzt angesichts des Materialschadens eine Belohnung bis zu 1000 Goldmark für alle Personen aus, die sachdienliche, auf die Spur der Täter hinweisende Mitteilungen machen und zur Ergreifung der Täter beitragen. Zweckdienliche Mitteilungen, die auf Wunsch streng vertraulich behandelt werden, werden auf Zimmer 262 i der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums, Hausanrufe 305, 617 und 300, entgegengenommen.

Natürlich öblich!

Drei Jahre Gefängnis für einen nationalsozialistischen Betrüger.

Wegen nicht weniger als 62 Straftaten des Betruges, der Unterschlagung, der Urkundenfälschung und des Diebstahls wird eine Persönlichkeit von verschiedenen Gerichten u. a. in Kassel, Coburg und Berlin gesucht. Gestern wurde dieser Angeklagte dem Schöffengericht Berlin-Mitte vorgeführt. Nach der Anklage soll es sich um einen Kaufmann Alexander Rogge handeln, der bereits mehrfach mit erheblichen Gefängnisstrafen belegt ist. Er selbst behauptet allerdings, daß er der Prinz Hans Horst v. Hensburg sei, und er will den Namen Rogge nur angenommen haben, um sich vor der Festnahme wegen seiner nationalsozialistischen Betätigung zu bewahren, da Oberreichsanwalt Ebermayer sehr hinter ihn her sei.

Der Vorsitzende Amtsgerichtsrat Dr. Ahlborn, verwies den Angeklagten darauf, daß er merkwürdigerweise sich bald als Prinz v. Hensburg-Braunfels, bald als Prinz v. Hensburg-Bierstein ausgegeben hatte. Dem Angeklagten ist dabei noch das Pech passiert, daß er den Namen Bierstein nicht richtig im Gedächtnis hatte und daß er seinen angeblichen eigenen Namen falsch geschrieben hat, indem er sich Bierstein nannte und unterzeichnete. Nach der Behauptung des Angeklagten will er auch am Hitler-Putsch teilgenommen haben. Während der Maßnahmen im vorigen Jahr gegen Thüringen will er für die Nationalsozialistische Partei Verbindungsmann zwischen Nord- und Süddeutschland gewesen sein. Aus Vorsicht habe er nicht mit der Eisenbahn fahren können und habe stets Autos benutzen müssen. Mit Hilfe von Autos hat der Angeklagte den größten Teil seiner Hochstapeleien verübt. Er bestellte im Auftrage seiner Partei bei Autofirmen einen Wagen zu einer Fahrt und telegraphierte dann vorher an das erste Hotel der Stadt, nach der er fahren wollte, daß man ihm, dem Prinzen v. Hensburg, das beste Zimmer bereithalten möge er wünsche aber infognito zu bleiben und als Baron v. Ohr abzustiegen. In den Hotels bezahlte er ebenso wie bei den Autofirmen mit einem Check auf eine Mittelstandsbank in Nürnberg, ohne daß eine Deckung vorhanden war.

Das Rundfunkprogramm.

Freitag, den 6. Juni.

Tagesschau. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vordrösa. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.06 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht. 4.30-5 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Herrn Schontek: „Picknicks im Harz“. 7.30 Uhr: Vortrag des Herrn Kopschell: „Geschäftsführer des Deutschen Fußballverbandes: „Warum ist das Fußballspiel so populär“. 8.30 Uhr: Vom deutschen Rhein. 1. Loreley, von Lidt-Wennels (Fritz Wennels auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 2. Aus dem „Nibelungenliede“ (Hans Mühlhofer, fr. Mitglied des staatlichen Schauspielhauses, Berlin). 3. a) Sonntag am Rhein, b) Im Rhein, von Schumann, c) Im Rhein, im schönen Strome, von Lidt (Karl Jöken, von der Staatsoper, Berlin). 4. Rheinlieder-Paraphrase, von Wennels (Fritz Wennels auf dem Schiedmayer-Meisterharmonium). 5. Rheinische Gedächte (Hans Mühlhofer, fr. Mitglied des staatlichen Schauspielhauses, Berlin). 5. Trinklied vom Rhein (Karl Jöken, von der Berliner Staatsoper). Am Steinway-Flügel: Kapellmeister Otto Urack.

Infolge seines vornehmen und selbstsüchtigen Auftretens glückte ihm in allen Fällen der Schwindel, und es gelang ihm sogar, noch oft bares Geld zu bekommen. Unter den hineingelegten Personen befand sich auch der vielgenannte Zeuge Heinz Köpcke aus dem Thormann-Grandel-Prozeß, von dem er als dem Leiter der Arbeitsgemeinschaft Neu-Brandenburg 20 Zentner Roggen für politische Zwecke erschwindelte. In einem Falle hatte er in Hamburg ein Auto bestellt für eine Fahrt nach München, da er mit dem Staatskommissar Garreis eine wichtige diplomatische Besprechung habe. Staatsanwaltschaftsrat Rottmeyer beantragte vier Jahre Zuchthaus. Der dem Angeklagten von Gericht wegen zur Verteidigung gestellte Rechtsanwalt Dr. Konhard Kirsch hielt es nicht für widerlegt, daß der Angeklagte politisch tätig sei. Er habe die Autofahrten offenbar aus Großmannsjucht gemacht. Wenn man nicht Geisteskrankheit annehmen wolle, so müsse man den Angeklagten zumindest für minderwertig halten und ihm mildernde Umstände bewilligen. Das Gericht trat diesen Gesichtspunkten insofern Rechnung, als es von einer Zuchthausstrafe abließ und den Angeklagten, indem es keinen anderen als den vielgenannten Alexander Rogge erblickte, zu drei Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 6 Monaten Untersuchungshaft verurteilte.

Pfingstkonzerte der Arbeiterfänger.

Der gemischte Chor „St.-Lichtenberg“ (seit Volkschor Ost) hält am 1. Pfingstfeiertag in Menthos Volksgarten, Köderstr. 28/29, ein Frühkonzert ab. Der Chor hat stets bei den Veranstaltungen der Arbeiterfänger mitgewirkt und deshalb ist zu empfehlen, das Konzert zu besuchen.

Der Chor hält jeden Mittwochabend von 8-10 Uhr in Fürstenergasse, Frankfurter Allee 2 (an der Weberwiese), seine Übungsstunde ab. Sangesfreudige Damen und Herren sind jederzeit herzlich willkommen. Der Chor ist gewillt, sich mit einem gleichgesinnten Chor zu verschmelzen. — Der 11. Bezirk des Arbeiter-Sängerbundes, Gau Berlin, veranstaltet am 2. Pfingstfeiertag in Seefeld (Bäderheim) ein Volksfängerfest. Abmarsch vom Bahnhof Seefeld 2 Uhr. — Der „Männerchor 1923 Berlin“ gibt am Mittwoch, den 11. Juni, abends zwischen 7-8 Uhr, unter Leitung seines Chormeisters Herrn Erich Knauer auf dem Reuterplatz in Neukölln ein öffentliches Gefängnisfest.

Straßenbahnunfall. Unter der Vorderplattform eines Straßenbahnwagens der Linie 98 geriet der von einem Radfahrer angeführte Arbeiter S. Durch sofortiges Bremsen konnte schwereres Unglück verhütet werden, so daß der Angeführte mit einer Verstauchung der rechten Schulter davon kam.

Prügel mit Stahlhelmen. In dem Lokal „Zum Riefen“ in der Landsberger Allee spielte die Kapelle am Mittwochabend den Fredericus-Marsch. Darauf rotteten sich etwa 80 junge Leute vor dem Lokal zusammen und überfielen vier das Restaurant verlassene junge Leute, die das Stahlhelmbüchlein trugen. Die Abzeichen wurden ihnen von den Burschen entzogen, außerdem sollen einem der Überfallenen bei der sich entziehenden Schlägerei 60 M. gestohlen worden sein. Als zwei Beamte erschienen, ergriffen die Burschen die Flucht. Ein gewisser Fritz Schwabe aus der Petersburger Straße wurde festgenommen und der Abteilung Ia des Polizeipräsidiums zugeführt.

Straßenbahn und Costauto. Am Mittwoch nachmittag rief ein Straßenbahnzug der Linie III mit einem Lastkraftwagen der Firma B. Sommerberger, Erkner, an einer Straßenkreuzung der Langestraße zusammen. Dem Straßenbahnwagen wurde die vordere Plattform eingedrückt, während einem Anhänger des Lastkraftwagens die linke Bremswand beschädigt wurde. Zwei Personen wurden hierbei leicht verletzt. Da der Triebwagen aus den Schienen gesprungen war, entstand eine Verkehrshinderung von etwa einer Stunde.

Offizieller Kulturtag. Vom Pfingstdienstag ab lagen in Königsberg i. Pr. (Hindenburg-Deutsches) die Entschiedenheiten der Kulturform in öffentlichen Erziehungskongressen (10. bis 12. Juni). Redner der Bundesvorsitzende Paul Dehrens, ferner Dr. Max Hobann, Geheimrat Goldschmidt, Oberbürgermeister, alle Mitglieder des Reichs, Dr. B. Riese, Landgerichtsrat Dr. Danziger. Deran schließt sich 13./14. Juni eine Tagung zur Reform des Zeichen- und Buchunterrichts, an der vortragend und demonstrierend mitwirken Oberbürgermeister, Prof. J. J. J. J. J., Stablenat Otto Müller. Anmeldungen an Professor Dora Schöndorfer, Königsberg, Königsstr. 22a.

Bezirksbildungsausschuss Groß-Berlin. Für kommenden Sonntag, Sonntag und Montag sind im Bureau des Bezirksbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof 2. Et., Karten für das Deutsche Opernhaus zu haben.

Ältern, deren Kinder die Mädchen- und Knabenheime in der Jbsenstraße besuchen, geben umgehend ihre Adresse an Bisdallstr. Nordkapstr. 1, 3. Et., ab. — Belegkarten von der 15. (Admiral-)Realschule. Wir bitten die Genossen, alle in Betracht kommenden Ältern zu ermahnen.

Fliegertod. Durch Explosion des Rotors eines Marineflugzeuges fanden in Japan fünf Insassen den Tod.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Männerchor Grenzland. Die nächste Übungsstunde findet heute, Freitag, den 6. Juni, 8 Uhr, bei Minart, Ecke Christburger und Bismarckstr. statt. Buntliches Erscheinen dringend notwendig. Montag, den 9. Juni, früh 6 Uhr, Frühkonzert in der Bräuerstr. 18, Schöndorfer Allee. **Berliner Arbeiterband 6. u. 8. Gruppe.** Freitag, 6. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Gesellschaftsraum, Bismarckstr. 22, öffentliche Mitarbeiterversammlung. Thema: „Wohlfühlenskreis (Hauswirtschaftslehre), Instandhaltung und Mitarbeiterreferat: Eusebius Reimann.“

Geschäftliche Mitteilungen.

Robette geben — das heißt, daß man auch billiger verkaufen kann, als man es sonst getan hat. Es, der gute Contab-Lad-Schuh, aber kann auf seine Preise keine Robette geben, denn sie waren schon immer so billig, daß er auch heute noch, in einer Zeit allgemeiner Preissteigerungen, ohne besondere Robetterhöhung an Billigkeit nicht zu überbieten ist. Dabei ist er von einer Qualität, wie sie nur durch die vierzigjährige Erfahrung eines selbst fahrigierenden Weltberufes erzielt werden kann. Wir verweisen unsere Leser auf die allgäugende Einkaufsmöglichkeit, die von der Firma Contab Lad u. Co. in dieser Nummer unserer Zeitung geboten wird.

Unverantwortlicher Leichtsin — anders kann man es nicht nennen — ist es, wenn Sie tage- oder gar wochenlang Ihren Mund und Ihre Zähne nicht richtig pflegen. Dabei haben Sie's so bequem: Sie spritzen ein paar Tropfen Odol in ein Glas warmes Wasser, rühren mit der Zahnbürste um, spülen und gurgeln damit nach Herzenslust und bürsten zum Schluß — besonders vor dem Schlafengehen — recht tüchtig Ihre Zähne. Sie werden sehen: Odol ist eine wundervolle Mund-Erfrischung und dabei weit sparsamer als alle Zahn-Pasten und Zahnpulver. Im Laufe der Jahrzehnte wurde Odol zum Kulturbegriff.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater
Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die Entführung aus dem Serail
Opernhaus am Königsplatz
7 1/2 Uhr: Mona Lisa
Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Peer Gynt
Schiller-Theater
7 1/2 Uhr: König Nicolo
Deutsch. Theater
Sommerzeit
7 1/2 Uhr: Die Entführung aus dem Serail
Mist. Göttertrötter
Kammeroper
Tägl. 8 Uhr: Salomons Schwiegermutter
Gr. Schauspielhaus
7 1/2 Uhr: Der Vogelhändler
Th. Admiralspalast
7 1/2 Uhr: Der Erlöb. d. Jahre 10 Monate
saatlich auf dem Spielplan ist die große Revue Drunter u. drüber
Deutsch. Opernhaus
7 1/2 Uhr: Die Fledermaus
Kap. Dostal, Bötel
Intimes Th. 8 U.
Crepé Georgetta usw.
Metropol-Theater
Tägl. 8 Uhr
Karneval der Liebe
Sommerpreise!
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Frasquita
Tribüne 8 U.
Die Frau v. 40 Jahren
mit Elise Heims

Äußerst günstiges Pfingst-Angebot!

Garderoben auf Teilzahlung

HERREN
Anzüge in allen Stoffarten, Cutaways, Mäntel, Paletots, Hosen, Knaben-Anzüge, Regen-Mäntel.

DAMEN
Kleider in Seide, Gabardine, Rips, Frotté, Voile (in weiß u. farbig), Mäntel, Kostüme, Röcke, Blusen, Strickjacken, Strickwesten, Jumper, Regenmäntel.

Große Auswahl — Sehr billige Preise — Anerkannt gute Qualitäten

Durch kleinste Anzahlung und geringe Abzahlung
ist jedermann Gelegenheit geboten, seinen Einkauf bei uns bequem zu decken. — Ein Besuch unseres reichhaltigen Lagers dürfte Sie von der Leistungsfähigkeit, Billigkeit und Kulanz unserer Firma überzeugen

Gekaufte Garderobe wird sofort mitgegeben!

GEHR. KASSNER

Bülowstraße 6, a. Nollendorplatz

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1923.

Indem wir den Bericht für das 54. Geschäftsjahr unserer Bank vorlegen, sei es uns gestattet, die kurzen Ausführungen, die wir diesmal zu machen haben — das Jahr 1923 brachte in der Hauptsache die äußerste Zuspitzung der charakteristischen Merkmale des vorangegangenen — an den Satz anzuknüpfen, der den allmählichen Teil unseres vorjährigen Berichtes schloß. Wir sagten damals:

„Durch den Einbruch der Franzosen und Belgier ins Ruhrrevier ist eine Lage geschaffen, deren unheilvolle Auswirkung auf die Entwicklung unserer Wirtschaft selbst heute (im Monat Juni 1923) auch noch nicht annähernd überblickt werden kann.“

Tatsächlich waren die Auswirkungen die allerschlimmsten. Der Zerfall der Währung und damit auch der Wirtschaft war ohne Halt. Anfang und Ende des Jahres miteinander verglichen, sank nach der amtlichen Notierung die Mark vom 1728 Teil bis auf den billionsten Teil ihres Wertes. In derselben Zeit stieg die Zahl der Voll-Erwerbslosen, die öffentliche Unterstützungen empfangen mußten, von ungefähr 85 400 im ganzen Reich auf rund 1 533 500 Köpfe im unbesetzten Gebiet und mit Einrechnung des besetzten Gebietes auf ungefähr 3 1/2 Millionen.

Die Rettung kam von der Rentenmark. Nur im Rückblick auf das rasende Tempo, das die verhängnisvolle Entwicklung des Jahres 1923 zuletzt einschlug und zweifellos noch länger fortgesetzt hätte, gewinnt man ein zutreffendes Urteil über die Größe, die die Schaffung der Rentenmark für die deutsche Wirtschaft bedeutet.

Nur so war es in Verbindung mit einer Geldverknappungspolitik der Reichsbank möglich, die beginnende Zurückweisung der Papiermark zu hemmen, den Warenverkehr aufrechtzuerhalten und die eben eingefahrene Ernte für den Verbrauch verfügbar zu machen. Und mindestens ebenso groß war die Wirkung der Rentenmark auf unsere innerpolitische Lage. Durch sie wurde der im Süden und Westen weit vorgeschrittenen Tendenz zur Schaffung eines eigenen Geldes der Boden entzogen und dadurch der Zusammenhalt des Reiches gewahrt.

Das Grotoske der Zustände, die sich vor der Schaffung der Rentenmark im Geldverkehr entwickelt hatten, ließ es weiterhin nicht mehr zu, daß Staat und Wirtschaft noch länger an dem trotz wachsenden Widerspruchs befoligten Grundsatz, daß Mark gleich Mark sei, festhielten. Weder der Staat noch der Einzelne konnten sich damit abfinden, bereits fällig gewordene Zahlungen an späteren Terminen mit Wertverminderungen anzunehmen, die dem völligen Verluste der Zahlung gleichkamen.

Diese Entwicklung hat zur Folge, daß die Bilanzen der Handels- und Industriegesellschaften und insbesondere die Bilanzen der Banken für das Jahr 1923, die nach der noch geltenden Papiermarkwährung abgeschlossen werden müssen, in deren Ziffern also sehr wertverschiedene Mark zusammengestellt sind, kein Bild über den Geschäftsgang des abgelaufenen Jahres oder über den Stand eines Unternehmens bieten. Die Aufstellung unserer Eröffnungsbilanz in Goldmark auf den 1. Januar 1924 wird zu gegebener Zeit erfolgen. Inzwischen erfüllen wir mit der Veröffentlichung der Papiermark-Bilanz auf den 31. Dezember 1923 lediglich eine formale gesetzliche Vorschrift.

Die im März 1923 vorgenommene Erhöhung unseres Aktienkapitals von 500 Millionen Mark auf 1500 Millionen Mark, die wir im vorläufigen Bericht bereits in ihren Einzelheiten behandelt haben, brachte unseren Reserven einen Zuwachs von rund 600 Billionen Mark. Die aus dieser Kapitalerhöhung an die Deutsche Treuhand-Gesellschaft abgegebenen, zunächst nur mit 25 % eingezahlten 400 Millionen Mark Aktien sind noch im Laufe des vergangenen Jahres voll eingezahlt worden.

Seit der vorerwähnten Erhöhung unseres Aktienkapitals ist der Betrag des letzteren ebenso wie die Summe unserer Reserven durch den fortgeschrittenen und fast restlosen Zusammenbruch unserer Währung bedeutungslos geworden. Die von uns im Berichtsjahr erzielten Einnahmen bieten natürlich nicht annähernd einen Ausgleich für den durch die Inflation erlittenen Substanzverlust. Der auf dem Gewinn- und Verlust-Konto ausgewiesene rechnungsmäßige Ueberschuß auf den Ertragskonten gleicht die Erfordernisse für Unkosten und Abschreibungen aus. Von Verschlägen einer Gewinn- und Dividendenverteilung müssen wir demnach absehen.

Die Deutsche Bank hat gegenwärtig Niederlassungen an 146 Plätzen.

Unsere Filiale Amsterdam hat sich weiter nach unseren Wünschen entwickelt und ersetzt uns unsere sequestrierten Niederlassungen in London und Brüssel.

Gegen Ende des Berichtsjahres hat unsere Filiale Konstantinopel ihre Geschäftstätigkeit wieder aufnehmen können, nachdem die Behinderungen, die seit 1918 vorlagen, behoben waren; sie wird sich vorwiegend darauf beschränken, die noch schwebenden Angelegenheiten zur Abwicklung zu bringen.

Die in unserem letzten Jahresbericht ausgesprochenen Hoffnungen, daß die Liquidation unserer Londoner Filiale im abgelaufenen Jahre zu Ende geführt werden könnte, haben sich nicht erfüllt.

Seit der Ruhrbesetzung sind wir vom Verkehr mit unserer Filiale in Brüssel völlig abgeschlossen. Wir konnten bisher nicht feststellen, inwieweit die Zwangsliquidation inzwischen durchgeführt worden ist.

Es ist tief betrüblich, daß die Abwicklung unserer Filialen in London und Brüssel sich so lange hinzieht, obwohl an beiden Stellen ausreichende liquide Mittel vorhanden gewesen sind, um daraus die fälligen Forderungen voll und ganz zu befriedigen. Durch diese Verschleppung wird der frühere Ueberschuß immer weiter herabgemindert.

Die Zahl der Angestellten der Bank belief sich Ende 1923 auf 32 979 gegen 26 286 im Vorjahre, nachdem sie vorübergehend, der Inflation folgend, bis auf 34 000 angestiegen war. Die in den letzten Monaten des Jahres 1923 eingetretene und seitdem noch weiter fortgeschrittene Verringerung des Geschäftsumfanges hat uns bedauerlicherweise im laufenden Jahre in die Notwendigkeit versetzt, uns weiterhin von Angestellten zu trennen, so daß sich der Gesamtbestand von Angestellten zurück auf 23 000 beläuft. Auch diese Zahl ist noch reichlich das Doppelte des Personalbestandes vor dem Kriege, und zwar mit Einschuß aller inzwischen von uns aufgenommenen Institute. Es wird sich, natürlich unter weitgehender Berücksichtigung der sozialen Gesichtspunkte, ein weiterer Abbau leider nicht vermeiden lassen. Nur so werden wir in der Lage bleiben, tüchtigen Angestellten die Fortzahlung angemessener Bezüge zu gewährleisten.

Im Zusammenhang mit dem Abbau durch Entlassungen steht der Ueberschuß alterer Beamter in den Ruhestand.

Die früher aus dem Dr. Georg von Siemens-Fonds und dem Jubiläum-Fonds bestrittenen Ausgaben werden einschließlich der Pensionen einwillen dem Handlungskosten-Konto entnommen. Wir behalten uns vor, den Dr. Georg von Siemens-Fonds bei der Umstellung auf Gold neu zu dotieren.

Bei dem Uebergang zur Rentenmarkrechnung erfahren die Tarifbezüge unserer Angestellten eine wesentliche Erhöhung. Weitere tarifliche Aufbesserungen, die trotz gleichbleibender Lebenshaltungskosten im Laufe des Jahres 1924 erfolgen, brachten neue Belastungen unseres Gehaltskontos, so daß bisher keine wesentliche Ersparnis erzielt wurde.

Im Laufe des Geschäftsjahres 1923 haben wir ein Haus in Sellin auf Rügen erworben, um es als weiteres Erholungsheim für unsere Beamten neben „Johannaberg“ im Teutoburger Walde und dem „Arthur von Guinier-Erholungsheim“ in Caputh einzurichten. Es ist uns hierdurch ermöglicht, schon im Laufe dieses Jahres einer größeren Anzahl unserer Angestellten auch an der See einen Erholungsurlaub zu gewähren.

Die Deutsche Ueberselische Bank hat wieder mit gutem Erfolg gearbeitet und ihre Beziehungen an den Plätzen ihrer Tätigkeit nicht unwesentlich erweitern können.

Die Interessengemeinschaft Deutsche Petroleum-Aktien-Gesellschaft-Rüterswerke Aktien-Gesellschaft, über deren Begründung wir im Vorjahre berichteten, hat sich im persönlichen Zusammenarbeiten der beiden Organisationen aufs beste bewährt und den beiden Unternehmen ermöglicht, unter so schweren Zeitverhältnissen in der Betriebsführung erhebliche Ersparnisse zu erzielen.

Mit den gleichen Zielen und auf der gleichen Grundlage ist in den letzten Wochen die Interessengemeinschaft der beiden größten deutschen Automobil-fabriken, der Daimler-Motoren-Gesellschaft und der Benz & Cie., Rheinische Automobil- und Motoren-Fabrik A.-G., unter unserer führenden Mitwirkung zustande gekommen.

Berlin, im Juni 1924.

Der Vorstand der Deutschen Bank

A. Biltzig, S. Fehr, C. Michalowsky, Dr. P. Millington-Herrmann, O. Schüller, G. Schröter, Dr. E. G. v. Staab, O. Wassermann.

LUNA tägl. ab 4 Uhr
PARK
voller Betrieb

Rose-Theater
Geschlossen

Casino-Theater
Lothring. Str. 37.
Tägl. 8 Uhr
Nur noch kurze Zeit
Pummels Martha
Nur noch kurze Zeit
Der Herr aus Kyritz
und das beste Programm

KREDIT
Kleine Anzahlung
Gesamtlager in 4 Etagen
Herren- u. Sport-Anzüge
Knab- u. Kind-Anzüge
Tailien-Mäntel
Gummi-Mäntel
Sport- u. gesir. Hosen
Wundervolle Kostüme
Mäntel Kleider
Röcke + Strickwesten
In besonderen Etagen
Möbel-Einrichtungen

A. DAMITT
Rosenthaler Str. 45-47

Allgemeine Drickantenteile
für Zehlendorf und Umgegend
Bekanntmachung

Der 18. Richtzug in unserer Wohnung, nach welchem das Grundstück von 60 auf 50 Pfg. des Grundbesitzes herabgesetzt worden ist, ist vom Oberverwaltungsamt mit dem heutigen Tage genehmigt worden und tritt sofort in Kraft.

Zehlendorf, den 4. Juni 1924.
Der Vorstand
G. Heynau, Vorsitzender
Albert Fischer, Schriftf.ührer.

Pfingstfreuden

werden gesteigert durch eine Spende, die eines Festtags würdig und zugleich nach der praktischen Seite hin willkommen ist. Blumen zaubert — endlich — die Natur in Fülle hervor. Einen edlen Genuß anderer Art bereitet eine Tafel Reichardt-Schokolade oder eine Schachtel Reichardt-Pralinen, die außerdem auf dem Pfingstausflug als erquickendes Labfal dienen. Reichardt-Schokoladen, mild, herb und edelbitter, auch mit Vollmilch und Eidotter, entzünden durch köstliche Geschmacksharmonie und feinsten Schmelz den verwöhntesten Gaumen. Reichardt-Pralinen sind Edelperlen einer aufs höchste verfeinerten Geschmackskultur. Verlockende Lederbissen aus allen Zonen, von der heimischen Erdbeere und Kirsche bis zur Orange und Ananas, wetteifern, mit dem braunen Gewande der Götterspeise geschmückt, um den Beifall des Feinschmeckers. Man erhält sie zu jedermann, auch dem Unbemittelten, erschwinglichen Preisen in den durch Schilder und Plakate mit dem bekannten Namenszuge Reichardt kenntlichen Geschäften.



Gewaltiger Preisabbau!

Anzüge von 25 an

Gummimäntel enorm billig!

Kostüme von 27 an

Damen-Mäntel von 9 an

Pelzwaren aller Art
bis 40 Prozent herabgesetzt

Wäsche · Teppiche · Gardinen

Gelegenheits-Kaufhaus
Moritzplatz 58a

Große Volksoper im Theater des Westens
7 1/2 Uhr: **Julius Cäsar**

Komische Oper
81. Direktion: James Klein 81.
Heute zum 80. Male
Der große Erfolg!

Die Tanzende Prinzessin
Operette in 3 Akten von Walter Kollo

Neue Welt
A. Scholz Hasenheide 108-114

1. und 2. Pfingstfeiertag:
Frühkonzert und Varieté-Vorstellung
(50 Artisten)

Das große Eröffnungs-Programm

Einl. früh 4 Uhr | Einl. nachm. 2 Uhr
Anf. früh 5 Uhr | Anf. nachm. 4 Uhr

SCALE
8 Uhr:
Internat. VARIÉTÉ
An beiden Feiertagen
2 Vorstellungen
Nachm. 3.30 zu halb. Preisen das volle Programm

Wohin zu Pfingsten?
Nach der
Heimkehr!
Größte Höhle Deutschlands
Station Uffringen (Stühzarz)

Vergnügungspark ULAP Am Lehrter Bahnhof
Täglich ab 4 Uhr (Sonntags 3 Uhr):
Parkkonzert · Feuerwerk
3 Neiss auf dem Turmschiff · Chaplin u. die Attraktionen
VORANZEIGE:
1. u. 2. Pfingstfeiertag
Eintritt 50 Pfg. Kinder 30 Pfg.

Von schlechten Seifen will sie scheiden
Und mag nur Mellandseife leiden!

*) Die Hausfrau, die weiß, was sie will, nämlich eine reine und tranfreie Kernseife.

Zu haben bei: Honzreck, Schönberg (15 Filial.)
Klotz, Mulplaquetstraße 38
Scherbarth, Utrechter Straße 12
Petermann, Lützowstraße 49
sowie in weiteren 250 einschlägigen Geschäften Groß-Berlins.

Verkaufsabteilung Berlin Lützowplatz 11, 1
Tel.: Lützow 2819

Gesellschaft **MSM** geschäftl.
ORIGINAL Melland

Theater a. Kottb. Tor
Tägl. 8 Uhr:
Elite-Sänger
Vollständig neues
JUNI-Programm
Bill. Preise

Metropol-Variété
Behrenstr. 54
8 Uhr:
Der fabelhafte
JUNI-SPIELPLAN!

Garderobe

in guten Qualitäten
auf Teilzahlung
trotz kleinster An- und Abzahlung

..... Billige Preise!

ERSATZ FÜR MASSARBEIT

Herren-Anzüge, Paletots
Knaben- und Burschen-Anzüge
(Bei genügender Legitimation sofortige Aushändigung der Ware.)

Cohn Große Frankfurter
Straße 58
5 Minuten v. Alexanderplatz
Eingang durch Möbelkäden

Stocklaternen
mit Glas u. Licht, 6 Uf. an
Compass von 3 Uf. an
Papiermützen 200 von
10 Uf. an, alle Sommer-
u. Herbstartikel sehr billig.
Sortimente von 1 Uf. an
Dengelfeuer, 2 Uf. an
Magnesiumfaden,
60 cm lang, 1 Mark.

Maas & Co. Markgrafen-
straße 64, an
der Stadtzeil.

Gegründet 1876

Möbelfabrik Rob. Seelisch, Berlin O., Rigaer Str. 71

Günstiges Angebot in kompletten Wohnungs-Einrichtungen

1 eich. Schlafzimmer komplett, sowie 1 Anrichteküche . . . 600	1 eich. Schlafzimmer 1 eich. Speisezimmer 1 Anrichteküche . . . 1100	1 eich. Schlafzimmer 1 Speisezimmer 1 Herrenzimmer 1 Anrichteküche . . . 1600
--	--	---

Besuch folgend. Geschäftszeit von 8-7 Uhr.

Die Debatte im Reichstag.

Die Opposition hat das Wort.

Nach der Rede des Genossen Löbe, die wir im gestrigen Abendblatt brachten, erhält das Wort

Abg. Frau Ruth Fischer (Komm.):

Diese deutsche Volksvertretung ist nichts als eine Maschinerie der kapitalistischen Diktatur, und gerade die Rede von Löbe ist ein neuer Beweis dafür. Herr Löbe hat begeistert für das Gutachten gesprochen, das das deutsche Volk ins Verderben stürzt. Die Regierung der Mitte hat die Rollen nicht ungeschickt verteilt. Herr Löbe spricht von einer gerechten Verteilung der Lasten; die Regierung wird mit den Sozialdemokraten dafür sorgen, daß das deutsche Proletariat vollends verelendet. Das Gutachten ist nicht als ein Raubvertrag des internationalen Kapitalistenkonfortiums, das Gutachten ist nicht der Friede, es ist der neue Krieg, der Krieg gegen das internationale Proletariat. Alles Gerede vom deutschen Hoheitsrecht usw. ist Lug und Trug. Die Franzosen werden das Ruhrgebiet nicht räumen. Die englische MacDonald-Regierung ist nichts als ein Anwalt des englischen Kapitalismus. MacDonalds Regierung ist am Hofe des englischen Königs Liebes Kind. Weshalb sind hier die Geheimverträge Frankreichs mit Polen, mit der Tschechoslowakei nicht erwähnt worden? Wie kann man dem deutschen Arbeiter einreden wollen, daß angesichts der rastlosen Verockommung der Kriegswaffen der Krieg in Zukunft ausgeschlossen sein wird, daß das Gutachten anzunehmen den Frieden garantieren heißt? Deutschland wird unter die Kontrolle von ausländischen Staatskommissaren gestellt, die souverän verfügen, die Zehntausende von Beamten und Angestellten einfach auf die Straße werfen können, sobald es der Rentabilität der deutschen Eisenbahnen zuträglich ist. Die englische Wirtschaft kann eine Steigerung des deutschen Exports nicht ertragen. Die Arbeitslosigkeit wird ungeheure Formen und riesigen Umfang annehmen.

Die deutsche Bourgeoisie ist der Häufel der Entente.

Die Sozialdemokratie muß den Klassenkampf ganz aufgeben, sie ist mit Annahme des Gutachtens als Arbeiterpartei erledigt. Der Konterprozeß, den man gegen uns einleitet, hat einen engen Zusammenhang mit dem Sachverständigengutachten. Nur im Kampf mit der Bourgeoisie werden wir das Gutachten national und international überwinden. Das Proletariat wird, wenn es zur Macht gelangt, wirklich Ruhe und Ordnung in Deutschland schaffen und mit Sowjetrußland einen Block bilden, an dem sich der internationale Kapitalismus die Zähne ausbeißt wird. Mit Rußland im Bunde wird Deutschland auch außenpolitisch eine ganz andere Rolle spielen als unter der Leitung des Herrn Stresemann mit seiner kleinlichen Schlangenspolitik. Eine proletarische Macht wird keinen Angriffskrieg führen, auch keinen Revanchekrieg gegen Frankreich.

Die Wirtschaftskrise wird nur verschwinden, wenn das Proletariat die gesamte Produktion in die Hand nimmt, das Kapital expropriert und den echten Achtstundentag durchführt, den die Sozialdemokraten verraten und verkauft, um den sie die Arbeiter betrogen haben. (Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Abg. v. Graefe (Natf.):

Dem verflorenen Reichstag weint man wohl kaum eine Träne nach. Das Volk hat die alte Wehrheit belehrt, und „wenn der Mantel fällt, muß der Herzog nach“. Das Volk hat gesprochen, es hat erklärt, mit jenem Hause und seinen Exponenten, der Regierung Marx, nicht zufrieden gewesen zu sein. Um so eigentümlicher berührt es, daß diesem Urteilspruch des Volkes die praktische Auswirkung nicht gefolgt ist. Die alte Regierung hat geglaubt, durchhalten zu können. Jetzt nach drei Wochen akutester Regierungskrise sieht es so aus,

als ob gar keine Wahlen stattgefunden hätten,

es bleibt alles beim alten. Die Kritik des Herrn Löbe kann nichts daran ändern, daß nicht bloß die Demokratie Bankrott gemacht hat, sondern daß auch

der uns aufgezwungene Parlamentarismus mit seinen Koalitionsregierungen ein Wahnsinn

ist. So lange unser politisches Leben den Pfahl des Zentrums in sich hat, muß das parlamentarische System für Deutschland geradezu ein Fluch bedeuten. Das von Löbe in anderem Zusammenhang gebrauchte Bild von dem jüdischen Schnorzer, den man vorn hinauswirft, der aber zur Hintertür wieder hereinkommt, paßt sehr gut auf dies neue alte Koalitionskabinett. Wir sehen alle die altbekanntesten Gesichter wieder. Marx II., Dr. Jores redibundus, Stresemann IV., Gehier der Unsterbliche, und schließlich kann es nächstens auch heißen: Ohne Kanitz kein Kabinett! (Große Heiterkeit.) In München hat der Reichstanzler einmal den deutschösterreichischen französischen Besetzung gewünscht. (Stürmische Pfuirufe bei den Nationalsozialisten.) Die Stimmung des Rheinlandes können Sie, Herr Reichstanzler, nicht durch einen hingeworfenen Knochen, einen lokalen Vorteil, gewinnen. Nach meiner Meinung hat der Reichstanzler die Rheinländer auf schwerste beleidigt.

Während des Krieges hat das Zentrum und die traurige heutige Koalition die auswärtige Politik nicht als das Wichtigste hingestellt, sondern die innerpolitischen Verfassungsfragen in den Vordergrund gestellt. (Sehr wahr! bei den Nationalsozialisten.) Also genau das Gegenteil von dem, was Sie, Herr Reichstanzler, gestern hier vertreten haben. Wenn wir vielleicht einer neuen Inflationsperiode entgegengehen sollten, dann werden wir, Herr Reichstanzler, die Frage erneut an Sie richten,

wie weit die dunklen internationalen Zusammenhänge gehen, wie weit sie vielleicht schon die Grenzen des Landesverrats überschreiten. Unruhe in der Mitte. Sehr richtig! bei den Nationalsozialisten.) Wir haben ja keine deutsche Regierung!

Im November 1923 haben wir nicht „an einem Abgrund“ gestanden, sondern an einem hoffnungslosen Wendepunkt!

(Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten.) Man muß staunen, daß dem Reichstanzler nicht die Zunge im Runde verbrennt, wenn er solche Dinge ausspricht. Der Redner fordert unter stürmischem Beifall die Widerlegung der Schuldfrage. Der Versailles Vertrag sei durch den Feind selbst zerrissen. Durch Ihre Erfüllungspolitik, durch Ihre Hut-in-der-Hand-Politik haben Sie wieder die Einheitsfront von Paris bis London hergestellt. Wir werden nicht eher ruhen, bis die Frage von der Schuldfrage aufgelöst wird. Im Ausland, so z. B. in Holland, ist alles erstaunt darüber, daß in Deutschland — mit Ausnahme der deutschösterreichischen und der deutschnationalen — nicht eine einzige große Entrüstung über das Sachverständigengutachten aufflammte.

Deutschland könne jetzt zum erstenmal ohne Gefahr „Nein“ sagen. Wenn Sie, der einsame Herr Dr. Stresemann auf der Regierungsbank, gestern vor uns getreten sind, so haben Sie es wohl in dem stillen Gefühl getan: Morituri te salutant. Wir haben ein Interesse daran, festzustellen: Wer wird nun eigentlich in diesem



„Wir brauchen keinen Schutz der Polizei, wir sind die energischsten Gegner der Juden, an unserem stählernen Willen allein werden sie sich zerschmettern!“ Abg. Henning im Reichstag am 4. Juni 1924.

Hause den Mut besitzen, dieser Gesellschaft das Vertrauen auszusprechen. Aus diesem Grunde bringe ich folgenden Antrag ein: „Der Reichstanzler und die Reichsminister besitzen das in Artikel 54 geforderte Vertrauen des Hauses.“

Sie (zu den Mittelparteien) haben ja nicht einmal den Mut, diesen Vertrauensantrag zu stellen, darum haben wir Ihnen die Schreibarbeit abgenommen. Aber auch die Regierungen an der Seine und Themse, denen jetzt der Ramm gewaltig geschwollen ist, werden einsehen, daß ihre Bäume nicht in den Himmel wachsen. — Wir sind allerdings stolz auf den jüdischen Haß, sind stolz darauf, daß in unseren Reihen Männer erstehen, die ihr Blut für das Vaterland geben. Wenn Sie (nach links) aber auch im Innern Blut haben wollen, so sollen Sie es haben. Was wir als den geschichtlichen, längst erwiesenen Dolchstoß bezeichnen, dafür tragen diejenigen die Schuld, die nicht an der Front waren. (Großer Rärm links, Juraß bei den Nationalsozialisten: Ruhe in der Synagoge da drüben!) Mit Stolz und vollem Bewußtsein werden wir unsere nationale und sozialistische Bewegung zum Siege führen. (Stürmische Heilrufe.)

Vizepräsident Dr. Bell weist einige scharfe, die berechtigte Kritik überschreitende Ausdrücke des Abg. v. Graefe gegen die Regierung als mit der parlamentarischen Sitte unvereinbar zurück.

Abg. Lecht (Bayer. Sp.):

Ich stelle fest, daß in allen Versammlungen der Nationalsozialen Partei, denen ich beiwohnte, der Ton nicht so niedrig war, wie heute der des Abg. v. Graefe hier. (Rärm bei den Natf.) Da wäre ich doch neugierig, wie Herr v. Graefe erst als Reichstanzler sprechen würde. Der Haß ist niemals etwas, das ein Volk emporhebt. Durch den Haß werden Sie das Deutsche Volk nicht zusammenführen, sondern auseinanderbringen. (Sehr wahr! b. d. Bayer. Sp.) Am Scheitern des Bürgerblocks trägt die Parteipresse, die sich so eingestellt hat, daß die Verhandlungen scheitern mußten, die Hauptschuld. Für die Unterstützung der Regierung hat Herr Löbe eine Reihe Forderungen angemeldet.

Wir wären dazu natürlich auch in der Lage. Für uns besteht ein lebhaftes Interesse an der

innerpolitischen Frage des Föderalismus.

Sind die außenpolitischen Schwierigkeiten erledigt, werden wir in der inneren Politik unsere bescheidenen Forderungen anmelden. Die Antwort unserer Regierung auf den Vorschlag des Gutachtens ist erfreulich, sie war kurz und erkannte nur an, daß es sich um eine Grundlage zur Lösung der Reparationsfrage handelte. Das muß doch auch Herr v. Graefe anerkennen. In dem Sachverständigengutachten ist Deutschlands Wirtschaftslage viel zu günstig geschildert. Das Volk kann nicht mehr sparen, die Steuern sind überaus hoch. Die Lasten müssen gerecht verteilt werden; wo noch etwas zu holen ist, da muß der Hebel angelegt werden. Die Landwirtschaft ist in wahrer Existenznot. Wir stehen in einer schweren Produktionskrise. Die heftigsten Angriffe gegen die Regierung können nicht verhindern, daß wir die Folgen des verlorenen Krieges tragen müssen. Die Heilrufe hier im Reichstage zeigen, daß etwas krank ist. Das Heil der Welt kann nur von Gott kommen. Freilich, die Nationalsozialisten nehmen ja auch zur Religion und zu Gott eine eigenartige Stellung ein. Sie schwärmen für den Bodanschliff und sprechen von einem deutschen Gott. Es gibt aber nur einen Gott, keinen deutschen oder französischen Gott. (Lachen und Zurufe b. d. Natf.) Nun, ich will gern mal in Ihre Fraktionsführungen kommen, um Ihren deutschen Gott kennenzulernen. (Heiterkeit.) In einer Versammlung sprach ein junger Mann davon, daß man die Novemberverbrecher hätte fassen müssen. Ich fragte, warum haben Sie denn nicht zugehört?

Ja, damals war ich doch noch in der Entwicklung.

(Heiterkeit.) Sie (nach rechts) wollen uns neue Kultur bringen. Kultur aber bringt man nur, wenn man sich selbst kultiviert. (Zustimmung.) Wir haben von jeher kein Hehl daraus gemacht, daß wir jede Regierung, die alle bürgerlichen Parteien des Hauses umschließt, selbstverständlich, soweit sie nicht auf den Radikalismus abgestellt sind, begrüßen und unterstützen. Daß wir uns die Stellungnahme aus sachlichen Gründen vorbehalten müssen, versteht sich von selbst. Wir werden prüfen, welche Gesehentwürfe zur Durchführung des Gutachtens uns vorgelegt werden und sachlich Stellung dazu nehmen. Davon ist auch unsere Stellungnahme im Ganzen abhängig. (Beifall b. d. Bayer. Sp.)

Abg. Hampe (Wirtschaftl. Vereinigung):

Vor allen Dingen fordern wir, daß endlich mit den letzten Mitteln der Zwangswirtschaft aufgeräumt, daß mit der schrankenlosen Einfuhr von Lebensmitteln Schluss gemacht wird. Der Beamtenhaushalt muß ihr Recht werden; die neue Reichsbesoldungsregelung ist ein schreckendes Unrecht gegen die unteren und mittleren Gruppen. Eine bessere Beamtenpolitik hätte den übermäßigen und schablonenhaften Abbau verhindern können. Unsere Fraktion bringt dem Sachverständigengutachten die allerhöchsten Bedenken entgegen; der deutschen Wirtschaft drohen von dieser Seite die allerhöchsten Gefahren. Unter allen Umständen muß das besetzte Gebiet wieder befreit werden, sonst ist an der Durchführung der Bedingungen des Gutachtens mit seinen ungeheuren Belastungen der deutschen Wirtschaft überhaupt nicht zu denken. Das föderalistische Prinzip erachtet wir übereinstimmend mit der Bayerischen Volkspartei für das Deutsche Reich als die zweckmäßigste Form der Verfassung. An der vom Kanzler abgegebenen Erklärung mißfällt uns, daß an der Ruhepolitik auch nicht ein Jota geändert werden soll. Wir sind nicht eine Partei der unfruchtbaren Opposition, sondern wir wollen praktisch mitarbeiten.

Das Vertrauen können wir aber der alten Regierung nicht volleren.

Sie wird auch an ihrer inneren Haltbarkeit bald scheitern und zusammenfallen.

Abg. Kunze (Deutsch-sozial):

Die neue alte Regierung Marx-Stresemann stürzt uns in den Abgrund der Erfüllungspolitik. Das Gutachten ist ein scheußlicher Plan der Ausraubung Deutschlands. An der vom Kanzler befragten Geldknappheit ist doch die Regierung selbst schuld, die vier bis fünf Jahre lang tatlos zusah, wie man durch die Papiergeldmehrwirtschaft den ungeheuersten Volksbetrug verübte, wie man den ganzen Mittelstand enteignete und proletariserte. Das Gutachten ist gar kein Gutachten, es ist ein Diktat der berückeltesten Reparationskommission, es ist vor allem kein unparteiisches Gutachten. Es ist für den internationalen Kapitalismus das sicherste Mittel, das deutsche Volk in ewige Knechtschaft zu verurteilen. Redner ruht im einzelnen an den Bestimmungen des Gutachtens über die deutsche Reichsbahn die ganze Niedertucht dieses „scheußlichen“ Planes nachzuweisen. (Zuruf b. d. Komm.: Also nieder mit dieser Regierung!) Jawohl, nieder mit einer solchen Regierung! Eine solche Regierung hat nicht das Recht, auch nur noch einen Tag länger hier auf der Regierungsbank zu sitzen!

Vizepräsident Dr. Bell teilt mit, daß der Außenminister den Wunsch hat, morgen zu sprechen, und schlägt dem Hause die Vertagung der Beratung vor. Das Haus ist damit einverstanden. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Graf Westarp (Dnat.) stellt in einer persönlichen Bemerkung fest, daß er sich insofern geirrt habe, als die Forderung des Abbaues des Eisenbahnpersonals in Höhe von 40 Proz. im Gutachten nicht enthalten ist. Befonders für mich wurde mir entgegengehalten, daß auch wir uns beim Ausland über die Bezeichnung einer Kanzlerkandidatur des Herrn v. Tirpitz erkundigt hätten. Diese Behauptung der ausländischen Presse ist un wahr. Herr Koch hat diese Sache aus den bisher als vertraulich erklärten Verhandlungen als Ligationsmaterial benutzt. Das zeugt nicht gerade für den guten Willen der Demokraten, mit uns zu einer Einigung zu gelangen.

Die Qualitätserhaltung fordert eine kleine Preiserhöhung!

WENESTI FERVOR

Stück 0 8



Logo or signature at the bottom right corner.

Abg. Henning (Natsoz.) erklärt, daß ihm keinerlei als Geschäftsführer der Partei Nachrichten über Pläne der Kommunisten gegen Ludendorff zugegangen seien. Er habe es für seine Pflicht gehalten, diese Pläne der Polizei mitzuteilen mit dem Bemerkten, er und seine Freunde seien an sich Manns genug, diese Pläne abzuwehren. Herr Löbe würde, wenn es sich um einen seiner Parteigenossen handelte, sicher ebenso gehandelt haben. Die Leute, die den Rathenau- und Erzberger-Mord begingen, seien keine Mitglieder der Partei gewesen. Die Vorwürfe gegen die Offiziere in der Partei müsse er zurückweisen. Die Sozialdemokratische Partei, die an dem Novemberverbrechen teilgenommen, habe kein Recht, über Offizierschreie zu sprechen. (Große Unruhe b. d. Soz.)

Abg. Löbe (Soz.) hält die Behauptung aufrecht, daß sich Graf Westarp in dem Punkt des Gutachtens über den Achtsundentag geirrt habe und verweist zum Beweis dafür die betreffende Stelle. Herr Henning habe ihm wörtlich gesagt: Ich bin bei dem jüdischen Leiter der Berliner Polizei gewesen und habe um Schutz für Ludendorff gebeten. (Abg. Henning ruft: Ich bin nicht zum Juden, ich bin zur Polizei gegangen!) Nachher aber habe Herr Henning hier stark auf die Juden geschimpft, und da habe er (Löbe) Gelegenheit genommen, die Sache zur Sprache zu bringen.

Abg. Koch-Weser (Dem.) bemerkt, die Sache über die Anfrage, ob Tirpitz dem Ausland genehm sei, wäre gar nicht vertraulich gewesen. In den Verhandlungen sei von deutschnationaler Seite erklärt worden, auf Erkundigungen habe sich ergeben, daß v. Tirpitz vom Ausland ertragen werden könne. Herr Kahl könne das bestätigen. (Große Unruhe rechts.) Er gebe es auf, die Deutschnationalen zu überzeugen, aber er appelliere an das ganze Haus, ob der Angriff des Grafen Westarp gegen die Demokraten berechtigt war.

Abg. Hergt (Dnat.): Ich habe bei den Verhandlungen gesagt: Nun werden vielleicht Bedenken gegen v. Tirpitz aus außenpolitischen oder innenpolitischen Gesichtspunkten erhoben. Wir sind der Überzeugung, daß außenpolitische Bedenken nicht vorliegen. Wir haben Informationen darüber, daß von ausländischer Seite keine Bedenken vorliegen.

Wir haben also keinesfalls selber Erkundigungen im Ausland eingezogen.

Eingegangen ist ein Antrag der Nationalsozialistischen Freiheitspartei, worin dem Reichstanzler und der Regierung das Vertrauen des Reichstags ausgesprochen wird (der Antrag ist ironisch gemeint) und ein Antrag der drei Regierungsparteien, wonach über alle übrigen Anträge zur Tagesordnung übergegangen werden soll und in einer formulierten Erklärung der Regierungserklärung zugestimmt wird.

Der Notetat wird in erster und zweiter Lesung erledigt mit der Maßgabe, daß seine Verlängerung nur bis zum 31. Juli erfolgen soll.

Vizepräsident Belf teilt mit, daß beabsichtigt sei, nach Erledigung der Besprechung der Regierungserklärung den Reichstag bis zum 24. Juni zu vertagen mit Ermächtigung an den Präsidenten, gegebenenfalls schon früher eine Sitzung einzuberufen. Nächste Sitzung: Freitag, den 6. Juni, vormittags 10 Uhr. Fortsetzung der Besprechung der Regierungserklärung. Schluß 5 1/2 Uhr.

Internationaler Gewerkschaftskongress.

J. St. Wien, 5. Juni. (Eigener Drahtbericht.)

In der heutigen Vormittagsitzung erstattete Dudgeon den Bericht der 4. Kommission über die Beziehungen der Internationalen Gewerkschaftssekretäre mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund. Die von der Kommission gefaßten Beschlüsse bestätigen die Beschlüsse der Konferenz der Berufssekretäre vom 9. November 1923, die in der Hauptsache besagen, daß die Sekretariate verpflichtet sind, in jedem Fall vor der Aufnahme von Organisationen, die nicht einer der dem IGB angehörenden Landeszentrale angeschlossen sind, sich mit dem IGB in Verbindung zu setzen. Es wird von der Kommission weiter vorgeschlagen, die Statuten dahin zu ändern, daß dem Vorstand des IGB drei Berufssekretäre angehören, die von der Konferenz der Berufssekretäre zu wählen sind. Es sei dies der beste Weg, die bestehenden Schwierigkeiten zu überwinden, der Anfang zu größerer Einheitlichkeit und Leuchte eine Festigung unserer Stellung gegenüber anderen Organisationen sowie die Stärkung unserer Kampffront.

Drumley-England wendet sich gegen diese Vorschläge, weil sich erstens dadurch eine doppelte Vertretung der Mitglieder ergebe, zweitens die Vertreter der Berufssekretäre auf dem Kongress nicht berechtigt seien, die eigentlichen Vorstandsmitglieder jedoch nicht, drittens die Möglichkeit bestehe, daß die Berufssekretäre anders als die Vertreter der Landeszentrale im Vorstand stimmten. Folglich müßten aus der Zulassung der Berufssekretäre zum Vorstand sich allerlei Schwierigkeiten ergeben.

Lindley-Schweden erhebt ebenfalls Bedenken gegen die Vorschläge, stimmt jedoch dem Kompromiß zu. Er schlägt vor, für die Zukunft sechs Berufssekretäre in den Vorstand des IGB aufzunehmen, wovon drei der Kongress zu wählen hat. Zimmern verteidigt lebhaft die Vorschläge und empfiehlt die Annahme des Kompromisses, weil die in der Vergangenheit aufgetretene Gefahr der Spaltung für die Zukunft vermieden werden müsse.

Die Abstimmung ergab die Annahme des Antrages auf Vertretung der internationalen Berufssekretäre im IGB mit 41 gegen 11 Stimmen.

Der Gesamtbericht der 4. Kommission wurde einstimmig angenommen.

Grafmann-Berlin erstattet den Bericht der Kommission bezüglich der Stellung des IGB in der internationalen

Arbeiterbewegung. Unbeschadet der Personalunion mit der sonstigen Verbindungen der Gewerkschaften mit den sozialistischen Parteien in den einzelnen Ländern hat die Kommission festgestellt, daß die Gewerkschaften grundsätzlich unabhängig sind von jeder Partei. Diese Stellungnahme schließt ein, daß ein Zusammengehen mit den Kommunisten schon deshalb unmöglich ist, weil diese die Unabhängigkeit der Gewerkschaften nicht anerkennen, sondern die Herrschaft über die Gewerkschaften beanspruchen.

Der Kommissionsbericht von Leipzig-Berlin, den folgende Entschlüsse resümiert, wird gebilligt:

1. Die Stellung des IGB in der internationalen Arbeiterbewegung ist bedingt durch die grundsätzliche taktische Haltung der ihm angeschlossenen gewerkschaftlichen Landeszentralen.

2. Das gemeinsame Ziel der Gewerkschaften ist die Verbesserung der ökonomischen und sozialen Lage der Arbeiterklasse durch organisierte Selbsthilfe. Staatliche soziale Reformen sowie Gesetze zum Schutze der Arbeiter sind geeig-

Unsere werten Leser und Freunde werden gebeten, in allen Gaststätten, Kaffeehäusern, Zeitungsverkaufsstellen usw., sowohl in Groß-Berlin als auch im übrigen Reich und im Ausland ausdrücklich den

„VORWÄRTS“

zu verlangen. Die kommenden Feiertage bieten Gelegenheit, überall für die Parteipresse zu werben und das Auslegen des Zentralorgans der VSPD. in allen Verkehrsstätten zu veranlassen. Sollte der „Vorwärts“ an Kiosken, Bahnhofsbuchhandlungen oder anderen Verkaufsstellen nicht erhältlich sein, so wären wir für entsprechende Mitteilung dankbar

„VORWÄRTS“-VERLAG
Berlin, Lindenstr. 3 :: Fernspr. Dönhoff 2506/2507

net, die Tätigkeit der Gewerkschaften wirksam zu ergänzen, ihre Erfolge zu festigen und ihren Kampf zur Beseitigung der Lohnklaverei und der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise zu erleichtern.

3. Neben ihrem Kampf für die Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage und für die Verwirklichung ihres Mitbestimmungsrechts in der Wirtschaft müssen die Arbeiter sich auch die nötige politische Freiheit und ihren unbeschränkten Einfluß im Staatsleben erkämpfen. Die Führung dieses politischen Kampfes ist Aufgabe der politischen Arbeiterpartei.

Weiter heißt es in der Entschlüsse: Die Gewerkschaften müssen zu diesem Zweck gleich den Unternehmern auf den Staat einwirken, ohne deshalb in den Dienst irgendeiner Partei zu treten. Die Gewerkschaften müssen unabhängig sein. Da jedoch die Arbeiterparteien, die sich zur Demokratie und zum Sozialismus bekennen, die Forderungen der Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit vertreten, stehen die sozialdemokratischen Parteien den Gewerkschaften am nächsten. Die kommunistischen Parteien erstreben die Herrschaft über die Gewerkschaften. Sie wollen nach dem Diktat der kommunistischen Internationalen die Leitung der Gewerkschaften an sich reißen, um die organisierten Arbeitermassen für ihre Parteiziele zu gebrauchen. Die Kommunisten lehnen den gewerkschaftlichen Kampf ab, verunglimpfen die Gewerkschaften, bekämpfen sie mit allen Mitteln. Die Spaltung der Gewerkschaften in einigen Ländern ist ihr Werk, die Errichtung einer roten Gewerkschaftsinternationalen zur Bekämpfung des IGB ihr Ziel. Die Gewerkschaften aller Länder werden durch die kommunistische Taktik gezwungen, Abwehrmaßnahmen zu ergreifen, um die Zerstörung ihrer Organisationen zu verhindern. Die Aufgabe des IGB besteht darin, die Gewerkschaften zu unterstützen, den Geist der Gemeinsamkeit wachzuhalten und für die dauernde Einigung der Arbeiterklasse der ganzen Welt zu wirken.

Die Entschlüsse wurden einstimmig angenommen. Zum achten Punkt der Tagesordnung, Krieg und Militarismus, hielt Jouhaux eine mit großem Beifall aufgenommene Rede. Die Entschlüsse zu diesem Punkt bestätigen die früher gefaßten Beschlüsse und erneuern die Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich jedem künftigen Krieg zu widersetzen durch Stilllegung der Waffen- und Munitionsindustrie, Verweigerung des Transports von Kriegsmaterial, durch wirtschaftlichen Boykott sowie durch Generalstreik. Es ist weiterhin Pflicht, unausgesetzt Propaganda gegen Krieg und Militarismus und für die Beseitigung des Rüstungswettlaufes zu betreiben. Die Arbeiter müssen für die Reorganisation der Rüstungsbeziehungen wirken. Die Entschlüsse fordern die Kontrolle der Waffen- und Munitionsindustrie und des Handels mit Kriegsmaterial. Sie beauftragt das Bureau des IGB, ihre pazifistischen Bewegungen fortzusetzen und in diesem Sinne erfolgreich auf die Jugend und aufklärend auf die Frauen einzuwirken.

Der Kongress beschließt, den 21. September 1924 als internationalen Antikriegstag festzusetzen.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

Achtung! Abteilungsleiter!

Für die am Donnerstag, 12. Juni, stattfindenden internationalen Kundgebungen sind von allen Abteilungen ab heute, Freitag, nachm. 4 Uhr, bis morgen, Sonnabend, mittags 1 Uhr, Plakate abzuholen im Sekretariat, Zimmer 7.

Das Bezirkssekretariat ist morgen Sonntagabend nur bis mittags 1 Uhr geöffnet.

14. Kreis Rentkahn. Heute, Freitag, von 5-7 Uhr Plakate abholen im Bezirksbureau. Damit erbringt sich das abteilungswise Abholen in der Lindenstraße.
15. Kreis Schöneberg/Leibnau. Sonnabend, 7. Juni, 8 Uhr, Lokal Ramin, Schöneberg, Feurig, Ecke Prinz-Georg-Straße, Versammlung der Eltern, deren Kinder die Mittelschule in der Köpenickerstraße besuchen. Der Wichtigkeit der Elternbeiträge wegen ist das Erscheinen Pflicht. Falls Eltern am Erscheinen verhindert sind, wird gebeten, die genaue Adresse an den Genossen Hermann Tschäpe, Schöneberg, Goltzstr. 18, einzufenden.

Heute, Freitag, den 6. Juni:

11. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Berger, Reuehamstraße. Dasselbe treffen sich alle Genossen, deren Kinder folgende Schulen besuchen: Reuehamstraße, Turmstr. 75, Zwingli- und Rodamer Straße.
28. Abt. 7 1/2 Uhr bei Barthel, Märker Str. 19. Sitzung der Objekte der Schulen, der Abteilungs- sowie der Elternbeiträge. Jede Schule muß vertreten sein.
38. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Busch, Tilsiter Str. 27. Elternbeiträge der Schulen Petersburger Str. 4 sind besonders einzuholen.
47. Abt. Die Bezirksführer holen wichtiges Material heute zwischen 5 und 6 Uhr beim Abteilungsleiter, Mariannenplatz 23, 3 Tr., ab.
77. Abt. Schöneberg. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Jögen, Barbarossastr. 54.

Morgen, Sonnabend, den 7. Juni:

32. Abt. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz bei Bobe, Kaiserin-Augusta-Allee 68.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

36. Abt. Am 4. Juni verstarb unser Genosse Jennis Kahlitz. Die Einäscherung findet am Sonnabend nachmittags 5 Uhr im Krematorium Baumshulzenweg statt. Regere Beteiligung wird erwartet.

Jugendveranstaltungen.

Achtung, Abteilungsleiter! Nachzügler zum Bezirkstreffen in Prenzlauerberg a. d. Spree! Kommen über Werber die Tage 5.15 Uhr und 6.35 Uhr besuchen. Jahrgeld beträgt 1.10 Mark.

Für den Sammelantrag am 15. Juni müssen sofort von allen Abteilungen die Namen der Jugendlichen, welche sich an der Sammlung beteiligen, dem Jugendsekretariat mitgeteilt werden. Näheres siehe Rundschreiben Nr. 5 und 6.

Achtung, Abteilungsleiter! Es müssen heute von allen Abteilungen reiflos die Beitragsmarken für Mai abgerechnet und die Beitragsmarken für Juni abgeholt werden; desgleichen auch unter „Jugend voran“ und die „Arbeiter-Jugend“.

Heute, Freitag, den 6. Juni, abends 7 1/2 Uhr: Abteilungs-Mitgliederversammlungen:

- Charlottenburg: Jugendheim, Köpenicker Str. 4. - Salzkammer: Schule, Joachim-Friedrich-Str. 33. - Korbholt II: Schule, Panziger Str. 23. - Köpenicker Vorstadt: Sophienstr. 23. - Osten Str. 3: Schule, Kogelstr. 3. - Südost A.-B.: Jugendheim, Mariannenufer 1a. - Wedding: Reibergheim, Schönleberstr. 1. - Köpenicker: Treffpunkt zur Kreismitgliederversammlung 4 1/2 Uhr Bahnhof. - Roabit I: Schule, Köpenicker Str. 21. - Bergring: Die deutschen Jugendbewegungen. - Roabit II: Aach, Schule, am Stephansplatz. - Bergring: „Mitteln und Altholz.“ - Schöneberg II: Jugendheim, Rubens-, Ecke Hauptstr. - Dislokation: „Wandern.“
- Verberbeit Rentkahn. Heute abend 7 1/2 Uhr im Groß-Hotel-Saal. In den Rellen, Ecke Buchenbrennstraße, Bergring: „Arbeiterbildung, Volksschule und proletarische Jugend.“ Lichtbilder. Treffpunkt 1/2 Uhr am Ringbahnhof Neudamm.
- Verberbeit Ostbahn. Heute abend 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Barzasse 20 Verberbeitamplifiederversammlung. Vorträge: „Arbeitslosigkeit“.

Die Einäscherung unseres verstorbenen Genossen Jennis Kahlitz findet heute nachmittags 5 Uhr im Krematorium Baumshulzenweg statt. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung.

Sport.

Rennen zu Hoppegarten am Donnerstag, den 5. Juni:

1. Rennen. 1. Adenbold (H. Leichmann), 2. Stummer Teufel (Weiler), 3. Gluck und Gluck (Kaiser). Toto: 45 : 10. Platz: 20, 28, 12 : 10. Ferner liefen: Licht Albersch, Bolmar, Ed, Dorn II, Teufelsbrant, Nitro, Sulbo.
2. Rennen. 1. Plebsame (Lorke), 2. Alhambra (Reih), 3. Ragnoll (Hoffmann). Toto: 29 : 10. Platz: 13, 12, 24 : 10. Ferner liefen: Lese, Herms, Navarra, Messina, Graciola.
3. Rennen. 1. Aralinda (Jensh), 2. Mortala (Breege), 3. Wainberg (Korb). Toto: 31 : 10. Platz: 14, 17, 22 : 10. Ferner liefen: Luang Hang, Lorenzo, Gierluden, Arma.
4. Rennen. 1. Vahr (W. Laras), 2. Hilda (Lorke), 3. Capriol (Diejnit). Toto: 66 : 10. Platz: 22, 11 : 10. Ferner liefen: Saint Helena, Kullis.
5. Rennen. 1. Willger (Jensh), 2. Hippow (Quagenin), 3. Verlies (Dertel). Toto: 58 : 10. Platz: 16, 14, 20 : 10. Ferner liefen: Newellin, Impressario, Besunware, Melborn, Sangutiller.
6. Rennen. 1. Gramets (Breege), 1. Barbes Bruder (Eberl), 3. Thedrit (D. Schmidt). Toto: 189 : 10. (Gramets). Toto: 46 : 10. (Barbes Bruder). Platz: 43, 20, 17 : 10. (Lotes Reunen). Ferner liefen: Rüdgrat, Gedria, Fellenriede, Kambha, Peru, Kati, Lebenswonne, Geo, Barla, Raura.
7. Rennen. 1. Dalberg (Quagenin), 2. Rabewitt (R. Dreihig), 3. Miramar (Staudinger). Toto: 31 : 10. Platz: 13, 17, 16 : 10. Ferner liefen: Saragener, Rahlolwe, Doktor, Epiloff, Imperator, Columbus, Caracas.

Wetterbericht für Berlin und Umgegend. Langsame Aufhellung. Am Tage etwas wärmer als gestern, nachts kühl, schwach windig, ohne erhebliche Niederschläge. - Für Deutschland: In Schlessen zunächst noch etwas Regen, sonst trocken, von Westen her Aufhellung.

Wer raucht, der lobt die wirklich gute **Ruso-Zigarette**

Drei Mischungen aus edlen Orient-Tabaken

Ruso Rund m. G. u. o. M. 2 Pf. **Ruso Gold** 2 1/2 Pf. **Ruso Kork** 3 Pf.

Zigaretten- und Tabakfabrik „Ruso“ Rund & Sohn G. m. b. H. Berlin SW 19, Roßstraße 6.

Die Konkursmasse der Herrenkleiderfabrik A.-G.

bestehend aus: **Herren-Konfektion** erstklassiger Verarbeitung, modernen Farben und eleganten Formen, sowie **Stoffen für Anzüge u. Ulster** wird einzeln **Berlin C2, Breite Straße 29, Hof 1 Treppe** verkauft. / Der Konkursverwalter Schmidt.

Verkauf 9-7 Uhr **Sakko-Anzug 27⁵⁰** **Sakko-Anzug 42⁰⁰** **Gabardine-Anzüge 68⁰⁰** **Sport-Mäntel 48⁰⁰** Verkauf 9-7 Uhr

Wirtschaft

Rückständigkeit im Bergbau.

Der Bergbau ist nicht nur sozialrechtlich und sozialpsychologisch, sondern auch betriebstechnisch und betriebsorganisatorisch rückständig. Für die sozialrechtliche und sozialpsychologische Rückständigkeit zeugt erneut die ebenso unbegründete wie törichte Aussperrung der Ruhrbergarbeiter. Die betriebs-technische und betriebsorganisatorische Rückständigkeit ist eine feststehende, aber nur wenig bekannte Tatsache, die aber wachsend von Kennern des Bergbaues aufgezeigt wird.

In den „Wirtschaftlichen Nachrichten aus dem Ruhrbezirk“ vom 28. Mai 1924 veröffentlicht Bergassessor Dr. Matthias-Effen eine Abhandlung über den jetzigen Stand der Technik im Ruhrbergbau und die noch möglichen Verbesserungen, worin er u. a. darlegt, daß die Neuerungen auf allen Gebieten des Grubetriebes zahllos sind, so daß an eine Aufzählung auch nicht entfernt gedacht werden kann. Aber trotz dieses anscheinend günstigen Bildes sei bei vielen im Bergbau Tätigen das Gefühl sehr stark, daß der untertägige Steinkohlenbergbau in Deutschland stiefmütterlich behandelt werde. Die von den meisten zum Teil nur unbewußt empfundenen Mängel seien folgende: Die Einrichtungen der Bergbautechnik unter Tage sind ungeschlacht; die Organisation ist lückenhaft; einzelne Gebiete werden lebhaft bearbeitet, andere liegen brach; die Technik ist konservativ; Neuerungen sind unendlich schwer einzuführen; die Grundzüge der Psychotechnik werden nicht angewandt; die Eigenbräutelei bei vielen Werken ist zu groß. Mitteilung technischer Neuerungen wird oft zum Nachteil der Gesamtheit unterlassen.

Der Verfasser begründet dann eingehend und sachkundig diese Behauptungen. Wir heben davon folgende Momente hervor:

Andere Industriezweige und der Bergbau in anderen Ländern hätten unter den gleichen Erfindermöglichkeiten, wie der deutsche Bergbau, zu leiden und seien trotzdem in der Verfeinerung der technischen Mittel dem deutschen unterirdischen Bergbau verhältnismäßig weit voraus.

Wie lächerhaft die Organisation sei, ergebe sich aus der Tatsache, daß gegenwärtig z. B. die Mechanisierung der Gewinnungsarbeiten sehr eifrig betrieben werde, die Förderung beachte man dagegen sehr wenig.

Daß Neuerungen im Bergbau so unendlich schwer einzuführen sind, liege teilweise an der Mentalität der Arbeiter, die jede technische Neuerung mit größtem Mißtrauen betrachten und sich fürchtend vor Beschneidung oder gar Beschäftigungsminderung. Aber auch Werkleitungen ständen zum Teil Neuerungen ablehnend gegenüber, ohne triftige Gründe zu haben. In einem Falle sei es z. B. die Ablehnung der Normung von Grubenschienen, in einem anderen Falle Gegnerschaft gegen die Mechanisierung der Kohlegewinnung, in einem dritten Falle scharfes Frontmachen gegen die Abbauhämmer usw.

Die Hauptursache dafür, daß die Grundzüge der Psychotechnik nicht angewandt werden, sei die Seltenheit von Persönlichkeiten, die in der Lage sind, aus dem Schrifttum das den Bergbau betreffende herauszufiltern und dann Versuche zu machen, und die Seltenheit von Verwaltungen, die Geld, Zeit und Willen haben, praktische Versuche anstellen zu lassen. Und doch folge aus der Anwendung der Psychotechnik eine Entlastung der Betriebsbeamten und der Arbeiter, die an Stelle der subjektiven Angaben der Menschen die objektive Zahl trete.

Alles Neue wird von den Betriebsleitungen aus Kontingenzgründen eifersüchtig gehütet und die Folge davon ist, daß unendliche Parallelarbeit geleistet wird und daß Tausende die Erfahrungen anderer noch einmal machen müssen — eine grobartige Verschwendung von Energie. In solchen Gedanken-gängen scheiterte denn auch die bergtechnische Berichterstattung.

Diese Darlegungen sind leider nur zu berechtigt. Mit Bezug auf die Arbeiter muß jedoch eingewandt werden, daß ihre Furcht vor Neuerungen durchaus berechtigt ist, da sie ihnen meist keine Verbesserungen, sondern Verschlechterungen bringen. Oft genug wird den Arbeitern schon bei der Vorführung von Neuerungen vorgerechnet, wieviel Arbeitskräfte dadurch gespart und in welchem Ausmaß die Bedinge gelüzt werden können. Also auch hier liegt die Schuld nicht bei den Arbeitern, sondern bei den Bergherren, die infolge ihrer Einstellung nur hemmend und zerstörend wirken können.

In „Glück auf“ Essen vom 29. September 1923 veröffentlicht Bergassessor Dr. Ing. K. Sieben-Kaden eine Abhandlung über wissenschaftliche Betriebsführung im Bergbau. Er sagt u. a.: „Der Bergbau ist bis heute kein Großbetrieb geworden, sondern ein großer Kleinbetrieb geblieben.“ Der Verfasser hat die Betriebsverhältnisse einer Ruhrzede untersucht, die als besonders gut geleitet gilt und nicht allzusehr von den mittleren Verhältnissen des Ruhrbergbaues abweicht. Nach dieser Untersuchung können insgesamt im Grubenbetriebe in Prozenten der Selbstkosten gespart werden: 6,64 durch räumliche Zusammenfassung des Betriebes, 6,00 durch selbsttätigen Förderwagenumlauf im Abbau, 5,97 durch störungsfreien Förderwagenumlauf überhaupt, 4,43 (anfallsweise) durch Erörterung des Gebirgsverhaltens und planmäßigen Abbau, 1,57 durch Bedingefestung und Auslese, 1,43 in der Preußischwirtschaft.

Durch die hier angeführten betriebswirtschaftlichen und betriebsorganisatorischen Maßnahmen lassen sich also die Selbstkosten schon

um 26,04 Proz. ermäßigen. Wir gehen weiter und sagen, daß durch mögliche Behebung aller Mängel und eine wissenschaftliche Betriebsführung eine Förderleistung von 40 bis 50 Proz. möglich ist, ohne daß die Schichtzeit verlängert oder die Arbeiterzahl vermehrt zu werden braucht.

Unsere Auffassung wird gestützt durch die Untersuchungsergebnisse über die Arbeitsintensität im Braunkohlenbergbau, die Dipl.-Ing. H. Ehlers-Oßleben in der „Braunkohle“ Halle vom 29. September 1923 veröffentlicht hat. In je 10 Schichten wurden zwei Fälle untersucht. In Fall 1 erstreckte sich die Untersuchung auf einen Doppelschichtarbeiter noch neuzugeworbener Budayer Bauart, welcher in schworzen sandigen Ton arbeitete, im Fall 2 auf einen Einachseltierarbeiter, einer älteren Lübecker Bauart, welcher in Sand und Ton arbeitete. Im ersten betrug die ermittelte Leistungsintensität 56 Proz., im zweiten 47,5 Proz. Es ergaben sich:

	Fall 1	Fall 2
Verluste durch unzuverlässige Anlage	10—15 Proz.	28,0 Proz.
Verluste durch Nachlässigkeit u. mangelhafte ausgebildete Bedienung	17,4—22,4	16,8
Störungsverluste	11,6	8,7

Diese Rückständigkeit des Bergbaues ist seit Jahren bemängelt worden, aber umsonst. Und nun soll diese Rückständigkeit auch noch verewigt werden durch Lohnabbau und Verlängerung der Schichtzeit. Damit würde die Dummheit zum Prinzip erhoben. Die Bergarbeiter denken nicht daran, diese Dummheit mitzumachen.

Für Reform des Erbrechts.

Die „Deutsche Gesellschaft für Reichserbrecht“ veranstaltete am Dienstag ihren ersten öffentlichen Vortragabend. Dr. Stillich sprach über die Lösung der finanziellen und sozialen Frage durch die Reform des Erbrechts.

Die Erbrechtsfrage, so führte er aus, gehört zu den allerwichtigsten Finanzfragen. Eigentlich müßte diese Frage im Mittelpunkt unserer ganzen öffentlichen Diskussion stehen. Auch der Sachverständigenbericht geht an dieser Lösung der finanziellen Probleme völlig vorbei. Man überseht, daß in der Reform des Erbrechts die dynamische Kraft liegt, die nutzbar gemacht werden muß. Es sind dies Gedanken, die noch viel zu wenig ins Volksganze eingedrungen sind.

Daß der Staat der Unversicherung seiner Bürger sei, ist kein neuer Gedanke, aber er ist jetzt zu einem Programmpunkt geworden, weil eben das Erbrecht zu den reformbedürftigsten Materien gehört.

Schon zu Anfang des 19. Jahrhunderts beschäftigte sich in England Jeremy Bentham mit der Erbrechtsfrage. Er untersuchte die Frage vom Nützlichkeitsstandpunkte und kam zu dem Schluß, daß es ungerecht sei, wenn die entferntesten Verwandten gelegentlich Erbrecht besitzen. Aber nicht nur für die Seinererwandten, sondern auch für die Kinder will er das Erbrecht beschränkt wissen. Weder für die Bildung, noch für das Lebensglück ist es notwendig, in Besitz eines großen Erbes zu gelangen. Auch John Stuart Mill trat für ein Erbrecht des Staates ein. In Frankreich war es zuerst der Sozialist Saint-Simon, der die Gedanken der Erbrechtsreform durchdachte. Jedes Vorrecht will er beseitigt haben. In Deutschland war es Ferdinand Lassalle, der sich in seinem „System der erworbenen Rechte“ wissenschaftlich mit dem Erbrecht auseinandersetzte. Hans v. Scheel zeigte, daß nicht per-

Preisnotierungen für Nahrungsmittel.

Durchschnittseinkaufspreise in Goldmark des Lebensmittel-Einzelhandels je Zentner frei Haus Berlin.	
Gerstengraupen, lose ..	16,25—18,25
Gerstengrütze, lose ..	15,00—15,75
Haterrlocken, lose ..	14,50—15,25
Haterrgrütze, lose ..	15,50—16,25
Roggenmehl 6/1 ..	11,00—12,50
Weizenmehl ..	16,75—18,00
Hafergrütze ..	21,50—23,25
Malzgrütze ..	13,00—14,50
Weizen-Auszugmehl ..	15,00—21,00
Speiseerbsen, Viktoria ..	18,25—17,75
Speiseerbsen, kleine ..	10,75—13,75
Bohnen, weiße, 1/2 ..	20,50—24,00
Langbohnen, handverles ..	27,00—30,50
Linsen, kleine ..	21,00—25,50
Linsen, mittel ..	31,00—37,50
Linsen, große ..	39,00—46,00
Kartoffelmehl ..	18,75—21,00
Makkaroni ..	37,00—43,00
Makkaronimehl ..	34,00—36,00
Schmirnadeln, lose ..	17,00—20,50
Bruchreis ..	14,25—16,00
Rangoren Reis ..	16,25—18,00
Tafelreis, glasiert, Patna ..	23,50—31,00
Tafelreis, Java ..	30,00—36,00
Ringbrot, amerik. ..	82,00—86,00
Getr. Pflanzen 90/100 ..	42,00—45,00
Pflaumen, entsteint ..	50,00—55,00
Cal. Pflaumen 40/50 ..	68,00—72,00
Rosinen in Kisten, Candis ..	70,00—82,00
Sultaninen Caraburnu ..	72,00—90,00
Korinthen, choice ..	72,00—78,00
Mandeln, süße Bari ..	145,00—135,00
Mandeln, bittere Bari ..	135,00—150,00
Zimt (Cassia) ..	100,00—115,00
Kümmel, holländischer ..	115,00—120,00
Schwarzer Pfeffer Singapur ..	95,00—105,00
Weißer Pfeffer ..	125,00—130,00
Rohkaffee Brasil ..	18,00—215,00
Rohkaffee Zentralamerika ..	220,00—285,00
Röstkaffee Brasil ..	230,00—280,00
Röstkaffee Zentralam. ..	300,00—375,00
Malzkaffee, gepackt ..	22,00—24,00
Röstgetreide, lose ..	16,50—18,00
Kakao, fettarm ..	90,00—100,00
Kakao, leicht entölt ..	105,00—120,00
Tea, Souchon, gepackt ..	350,00—430,00
Tea, indischer, gepackt ..	425,00—500,00
Inlandszucker basis mel ..	35,00—37,50
Inlandszucker Raffinade ..	38,00—40,50
Zucker Würfel ..	43,00—45,00
Kunstthong ..	28,00—32,00
Zuckersirup hell in Elm ..	40,00—45,00
Speisesirup dunk. in Elm ..	26,50—30,50
Marmelade Eintr. Erd. ..	95,00—110,00
Marmelade Vierfrucht ..	35,00—42,50
Pflaumenmus in Eimern ..	38,00—42,00
Steinsalz, lose ..	3,10—3,70
Siedesalz, lose ..	4,00—4,70
Bratenschmalz in Tierces ..	63,75—64,75
Bratenschmalz in Kabein ..	65,00—66,00
Purelard in Tierces ..	62,00—63,00
Purelard in Kisten ..	62,00—63,75
Speisetalg in Packung ..	50,00—52,00
Speisetalg in Kabein ..	48,00—50,00
Margarine, Handelsm. I. degl. II. ..	52,00—55,00
Margarine, Spezialm. I. degl. II. ..	70,00—81,00
Margarine III. ..	46,00—49,00
Molkereibutter I. Pfläsern ..	172,00—176,00
Molkereibutter in Pack. ..	178,00—182,00
Landbutter ..	140,00—145,00
Auslandbutter in Pfläsern ..	176,00—180,00
Auslandbutter in Pack. ..	182,00—186,00
Corned beef 12½ lbs p. K. ..	33,00—36,00
Speck, gesalzen, fett ..	62,00—72,00
Quadratkäse ..	22,00—35,00
Quarkkäse ..	35,00—50,00
Thüringer Käse, vollfett ..	95,00—110,00
Aust. ungerzuck. Condensmilch 48/16 ..	20,00—23,50
Inländische degl. 48/12 ..	16,50—17,50
Int. gez. Condensm. 48/14 ..	26,00—26,50

Heutige Umrechnungszahl 1000 Milliarden.

sonstige Tätigkeit Reichthümer schuf. Er wies nach, daß die Momente außerhalb der persönlichen Reichweite liegen (Konjunkturen). Er stellte ferner fest, daß wohl früher die Familie eine große Produktionsgemeinschaft war; aber heute hat sie diesen Charakter völlig verloren. Was Konstantin Franz zur Erbrechtsreform beigezeichnet hat, verdient ebenfalls Aufmerksamkeit. Er sagt: Die Gesellschaft hat das Recht, einen Anteil an Erbe zu fordern. Die Bildung größerer Vermögen ist vom Standpunkte der Allgemeinheit nur schädlich. Auch Julius Bamberger wies darauf hin, daß wir mit diesem rückständigen römischen Erbrecht aufzukommen müssen.

Überall leben wir die durchgehenden leitenden Gedanken der Reform des Erbrechts. Der Gedanke, daß die Gesellschaft für sich bedeutende Erbrechte in Anspruch nehmen kann, steht im Vordergrund all dieser Erörterungen. Diesen Programmpunkt hat sich die „Deutsche Gesellschaft für Reichserbrecht“ zu eigen gemacht. Dr. Stillich skizzierte die Mängel des Steuerstaates und setzte sich lebhaft für die Abschaffung des privaten Erbrechts ein.

Die Reichsfinanzen im Mai.

Der Zufuhlsbedarf der Reichsfinanzverwaltung war nach der jetzt vorliegenden Uebersicht im Mai mit 13,5 Millionen Goldmark geringer als im April, wo er 20 Millionen Goldmark betragen hatte. Berücksichtigt man, daß wiederum erhebliche Beträge zum Rückkauf von Goldschahenweisungen und zur Einlösung kleiner Goldanleiheausgaben, also zur Schuldentilgung, verwendet worden sind, so ergibt sich sogar ein Ueberschuß. Allein in der letzten Defizite des Monats Mai wurden für solche Zwecke 43,8 Millionen Goldmark, seit Beginn des Etatsjahres, also seit dem 1. April sogar 197 Millionen Goldmark ausgeworfen. In der letzten Monatsdefizite hat sich auch die Reichsschuld in Rentenmark schachweise vermindert. Von ihnen wurden für 46,3 Millionen Goldmark eingelöst, so daß noch 156,2 Millionen Mark dieser Schuldtitel bleiben.

Im Monat Mai betragen die Einnahmen 449,5 Millionen Goldmark, die Ausgaben 511 Millionen Goldmark. Von den Ausgaben entfielen 175,7 Millionen Goldmark auf Reichsverwaltung einschließlich Leistungen aus dem Friedensvertrag, 214,2 Millionen Goldmark auf Ueberweisungen an Länder und Gemeinden, 121,1 Millionen Goldmark auf den Rückkauf von Goldschahenweisungen usw.

Gegen steuerliche Bevorzugung von Auslandsgetreide. Die Landwirtschaft führt seit einiger Zeit mit Recht darüber Beschwerde, daß die ausländischen landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei der Einfuhr steuerlich gegenüber den inländischen Erzeugnissen insofern begünstigt werden, als sie nicht nur bei der Einfuhr, sondern auch bei dem erstmaligen weiteren Verkauf im Inlande von der Umsatzsteuer befreit sind. Dies hat dazu geführt, daß z. B. ausländisches Getreide vor dem inländischen beim Verkauf bevorzugt und daß der Abfall des letzteren erheblich erschwert wird. Wie wir hören, hat der preussische Minister für Landwirtschaft bei den Reichsbehörden den Antrag gestellt, diese ungerechtfertigt steuerliche Bevorzugung der ausländischen Erzeugnisse scheinung zu beseitigen. Ebenso hat er eine Aufhebung der bevorrechtigten Zuteilung von Devisen für die Getreideeinfuhr angeregt, weil die gegenwärtige Lage des Fleischmarktes eine solche bevorzugte Zuteilung nicht mehr gerechtfertigt erscheinen läßt. (Diese Frage erledigt sich automatisch mit der erhöhten Devisenzuteilung am Berliner Markt.)

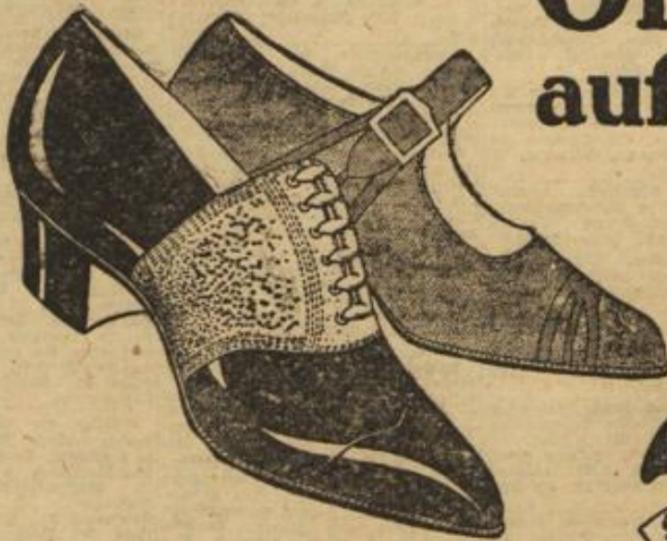
Die Weltproduktion von Kunstseide. Der Weltverbrauch an Kunstseide beträgt, wie „Die Textil-Woche“ mitteilt, nunmehr ungefähr das Doppelte der Weltzeugung von echter Seide. Im Jahre 1923 sind insgesamt 40 824 000 Kilogramm Kunstseide in der Welt hergestellt worden, davon ungefähr 18 329 600 Kilogramm oder 40 Proz. der Gesamtproduktion in den Vereinigten Staaten, die nunmehr für die Kunstseidenproduktion der Welt an erster Stelle stehen.

Ergebnisse der Rownoer Konferenz. Die am 21. Mai programm-mäßig nach dreitägiger Arbeit abgeschlossene Konferenz der baltischen Handelsstaaten in Romno endete mit der Unterzeichnung nur zweier Beträge, und zwar über die soziale Versicherung der Bürger der drei baltischen Staaten in jedem von ihnen und über die Regelung der Kinderheilschulen. Beschlossen wurde die Gewährung von Erleichterungen für Auslandspässe und Visa in bezug auf Gebühren und Termine für die Bürger der drei Staaten. Im Prinzip wurde die Abschaffung der Auslands-pässe und Visa für wünschenswert erklärt. Der wichtigste Gegenstand der Konferenz war die Beratung eines Handelsvertrages und einer Zollunion. Bekanntlich haben Lettland und Estland eine Wirtschafts- und Zollunion miteinander abgeschlossen. Es handelte sich nun darum, daß auch Litauen diesem Bündnis beitrete. Darüber, daß dieser Zusammenschluß wünschenswert sei, waren sich alle Teilnehmer einig. Man kam aber nicht über die Auserkennung einer gemeinsamen Grundlage hinaus, die das Prinzip der Reibbegünstigung für die drei baltischen Staaten noch übertreffen soll. Zu diesem Zweck sollen die Regierungen eine Kommission von Wirtschaftsexperten zur Beratung eines Handelsvertrages berufen. Dadurch ist nur der erste Schritt zum erstrebten Zollverband geschehen, der übrigens erst noch auf dem Papier steht, bis die Ausgleichung der Zolltarife mit den direkten und indirekten Steuern in Estland und Lettland erfolgt ist.

Schwere Ernteschäden in der Ukraine. Die Böden in Roslau und Charlow wurden durch die Nachricht, daß die diesjährige ukrainische Erntefast vollkommen verloren ist, stark erschüttert. Ländliche Hige und Heuschreckenschwärme haben fast zwei Millionen Desjatinen des bebauten Aekers vernichtet.

Hier die Beweise:

- Mädchen-Schnür- und Spangenschuhe, bewährte Ausführung von Gr. 27 bis 39 von 8.50 bis **5 90**
- Damen - Halbschuh, beliebte Form Lady .. **6 90**
- Damen - Halbschuh, echt R.-Chevreaux, echte Lackkappe .. **8 90**
- Damen echt Boxkalf-Halbschuh in vornehmer Ausführung .. **10 90**
- Herren - Halbschuh, echt R.-Chevreaux .. **8 90**
- Herren - Stiefel, echt R.-Chevreaux .. **9 90**
- Herren-Stiefel, Original-Rahmenarbeit .. **12 50**
- Echt Boxkalf - Herren - Halbschuhe, Rahmenarbeit .. **14 50**
- Brauner Herren - Sport - Stiefel, Doppelsohle, beste Verarbeitung, Original-Rahmenarbeit .. **16 90**



Große Auswahl in Turnschuhen, Sandalen und weiß Leinenartikeln in bekannt billigen Preislagen

- SW, Friedrichstraße 240/41
- NW, Beusselstraße 29
- N, Brunnenstraße 37
- O, Müllerstraße 3
- SO, Oranienstraße 2a
- C, Rosenthaler Straße 14
- Neukölln, Bergstr. 30/31
- W, Potsdamer Straße 50
- NW, Turmstraße 41
- N, Danziger Straße 1
- O, Andreasstraße 50
- SO, Wrangelstraße 49
- C, Charlottenburg
- Potsdam
- W, Schillstraße 16
- NW, Wilsnacker Straße 22
- N, Friedrichstraße 130
- O, Frankfurter Allee 22
- C, Spittelmarkt 15
- Wilmersdorfer Str. 122/23
- Brandenburger Straße 54

Ohne Rücksicht auf die Selbstkosten

hat unsere Fabrik die Pfingst-Preise weit unter Marktpreis herabgesetzt. Rabatte aber können wir beim besten Willen auf diese Spottpreise nicht mehr geben, denn sie sind

zu billig!

Tack & Co. A.G. Burg

